

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 150 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 1200 M., für das übrige Ausland 1500 M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Island, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Honorarabgabe kostet 250 M. Restanzkonto 1250 M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 75 M. (zählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 M. Stellensuche und Stellenanzeigen das erste Wort 40 M., jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichelt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 28. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Verkehrskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Döbkontow-Gesellschaft, Postfach 114, Lindenstraße 3

Gewerkschaften gegen Steuerunrecht.

72 Proz. der Steuern durch Lohnabzug aufgebracht!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben dem Reichskanzler Cuno am 23. Dezember d. J. eine Denkschrift zur Einkommensteuer unterbreitet, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, auf Grund der ihr im Einkommensteuergesetz erteilten Vollmacht sofort in Gemeinschaft mit dem Steueraussschuß des Reichstages die Erhöhung der Werbungskosten und sonstigen Steuerabzüge für die Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen.

Die jüngsten Verhandlungen des Reichstages über die Einkommensteuer veranlassen uns, der Reichsregierung und dem Steueraussschuß des Reichstages folgenden Antrag zu unterbreiten: Es ist auf Grund des § 46 Abs. 8 des Gesetzes zur Veränderung der Einkommensteuer vom Dezember 1922 mit Wirkung vom 1. Februar 1923 eine Neuweisung der Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer vorzunehmen.

Begründung:

Nach den Wochenausweisen der Reichsbank vermehrt sich der Notenumlauf unter dem Druck der flieberhaft steigenden schwebenden Schuld des Reiches immer bedrückender. Zum Teil beruht dieser Zwang zur Inflation darauf, daß gegen den schleppenden Steuerengang nichts Ernsthaftes unternommen wird. Die Gewerkschaften aller Richtungen fordern nicht erst seit heute, daß die Reichsregierung durchgreifende Schritte unternimmt, die die

beschleunigte Einziehung aller Steuern.

insbesondere aber der Einkommensteuer der sich selbst Einschöpfenden, gewährleisten.

Neben der Gefahr, daß die inflationistische Wirkung der schleppenden Steuererhebung in der Welt als deutsche Böswilligkeit erscheint, muß das Verlogene der Steuergesetzgebung gegenüber den leistungsfähigsten Schichten die Reichsfinanzen zerrütten. Damit wird auch die Wirtschaft zerstört; die Preise gehen in die Höhe, die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten wird geschwächt, die zur Wirtschaftskrise treibenden Strömungen werden begünstigt, alle Versuche der Stabilisierung der Mark müssen dann scheitern.

Die Steuergesetzgebung, in Zeiten leidlicher Stetigkeit der Geldverhältnisse aufgebaut, muß dem schwankenden Geldwerte der Papiermark angepaßt werden, wenn sie nicht selbst zum finanziellen Zusammenbruch mitführen will. In Zeiten schwankenden Geldwertes — des gilt auch für eine zu erhoffende Zeit der steigenden Mark — ist für die Höhe und die Gerechtigkeit der Steuerlast nicht der nominelle Steuerfuß entscheidend, sondern

der Zeitpunkt der Steuerzahlung.

Heute sind die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland die einzigen, die in erheblichem Maße in vollwertiger Steuermarkt ihrer Pflicht gegenüber dem Staat Genüge leisten. Derjenige, der sein Einkommen erst nach Jahresfrist versteuert, leistet nur einen geringen Bruchteil dessen, wozu er verpflichtet ist. Auch die sogenannten Vorauszahlungen der sich selbst einschöpfenden Veranlagungspflichtigen ändern an diesem Tatbestand nur wenig. Kommen wir einmal in eine Zeit der steigenden Mark, dann werden die sich selbst einschöpfenden Veranlagungspflichtigen aus den Gründen der Deflation nicht in der Lage sein oder wenigstens vorgeben, nicht in der Lage zu sein, ihrer Steuerpflicht zu genügen. Das Reich bleibt bei der derzeitigen Methode der Steuererhebung, ganz gleich, welche Entwicklung die Mark nimmt, immer der Betrogene.

Die eben geschilderten Tatsachen haben in den Kreisen der Lohnsteuerpflichtigen um so größere Erregung verursacht, als bei ihnen die Geldentwertung unter allen Umständen gerade umgekehrt wirkt und sich in immer stärker werdender Belastung ausdrückt. Es muß beachtet werden, daß

die steuerliche Leistung eines Angestellten.

der verheiratet ist und fünf Kinder hat, im Jahre 1922 bei einem Januar-Einkommen von 2900 M. und einem Dezember-Einkommen von 83.000 M. von 1,6 Proz. auf 9,3 Proz. steigen ist. Im Gegensatz dazu gewinnt auch der einfachste Gewerbetreibende auf dem Rücken des Staates an jeder Mark Steuer, die er, durch das Gesetz begünstigt, erst im Jahr und Tag verspätet abzuliefern braucht.

Das derzeitige Reichseinkommensteuergesetz legitimiert so den Betrug am Staat.

Aus der „Holzarbeiterzeitung“ Nr. 45 vom 11. November 1922 ist zu ersehen, daß ein Hamburger Tischler, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, im Jahre 1921 einen Steuerabzug trug, der 145,5 Stundenlöhnen entspricht. Hätte dieser Tischler zu denen ge-

hört, die sich selbst einschöpfen, dann mußte er seine Steuer für 1921 etwa im September 1922 voll gezahlt haben, das war damals ein Arbeitslohn von 11,5 Stunden. Ende Oktober war es nur noch der Arbeitsertrag von 8,2 Stunden, und Anfang November konnte die gesamte Steuerschuld mit dem Ertrag von noch nicht 6 Arbeitsstunden abgegolten werden. Der erste Vorsitzende der Demokratischen Partei, der Abg. Erkelenz, hat kürzlich in einer öffentlichen Versammlung festgestellt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahre 1921 ihre Steuern mit dem Ertrage von etwa 120 Arbeitsstunden abgeben mußten. Sie hätten etwa nur 8 oder 10 Arbeitsstunden nötig gehabt, wenn sie zu den gleichen Terminen hätten zahlen können wie die sonstigen Veranlagungspflichtigen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Eingabe vom September d. J. darauf hingewiesen, daß der Händler mit dem schlechten Gelde von 1922 die gute Steuer von 1920 zahlte; der Staat und die zu sofortiger Zahlung verurteilten Lohnsteuerpflichtigen seien dabei die Leidtragenden.

Durch die jüngsten Beschlüsse des Reichstages sind die mit dem Grundgedanken der steuerlichen Gerechtigkeit und mit sozialen Erwägungen unvereinbaren

Widerprüche noch verschärft

worden. Der Tarif der Reichseinkommensteuer wurde mit rückwirkender Kraft für das ganze Steuerjahr 1922 erheblich ermäßigt. Die Anpassung der steuerfreien Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen an die Wahrheit und Wirklichkeit soll aber erst vom 1. Januar 1923 ab gelten. Im Antrage Nr. 444 der Reichstagsdrucksache hat die Deutsche Volkspartei nachgewiesen und ausführlich belegt, daß diese künstliche Niedrighaltung des Werbungskostengesetzes den Finanzämtern automatisch vermehrte Arbeit einbringen muß. Den sich bei uns täglich vermehrenden Anträgen, die fast immer auf jene Ungerechtigkeit hinweisen und Rat verlangen, können wir nur eine Antwort geben: Steht auf Grund des § 46 Ziffer 3 beim zuständigen Finanzamt ein Antrag auf Erhöhung des Werbungskostenfußes. Wird jene Ungerechtigkeit nicht beseitigt, so werden die Finanzämter wahrscheinlich mit diesen Anträgen überschwemmt werden.

Unser Antrag gründet sich im besonderen darauf, daß durch die neuesten Beschlüsse des Reichstages die Werbungskosten und die steuerfreien Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau in geringerem Maße erhöht wurden als die Abzüge für Kinder, und alle drei Abzüge in wesentlich geringerem Maße eingezogen wurden, als die Geldentwertung dies erfordert.

Die sofortige Heraufhebung der steuerfreien Abzüge für die Steuerpflichtigen und ihrer Ehefrauen sowie der Werbungskosten ist dringend erforderlich.

Bei dieser Regelung müßte die für 1922 bestehende steuerliche Ungerechtigkeit gegenüber dem Lohnsteuerpflichtigen im Sinne des sozialdemokratischen Antrages Nr. 5 der Reichstagsdrucksache Nr. 5392 in etwas seinen Ausgleich finden.

Zusammenfassend möchten wir nochmals betonen, daß die derzeitige Steuerpolitik bei den Lohnsteuerpflichtigen die bedenklichsten Wirkungen auslösen muß. Die Berechtigung dieser Stimmung ist nicht abzutreiten. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen auf die jüngsten Beschlüsse zur Veränderung des Gesetzes über die Zwangsanleihe, die u. a. festlegen, daß die Effekten nur zu einem Bruchteil — weniger als 10 Proz. ihres Kurswertes nach dem Stand vom 8. Dezember — zur Zwangsanleihe herangezogen werden. Sie verweisen auf die gewaltigen Steuerhinterziehungen, die der an sich völlig ungenügend ausgebauten Buchprüfungsdienst bisher schon festzustellen vermochte. Sie erinnern sich der Worte des Herrn Oberbürgermeisters Böß, der feststellte, daß in Berlin 95 Proz. aller Steuern zwangsweise eingezogen werden müssen.

Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen aber im besonderen darauf, daß der von ihnen getragene Anteil der Reichseinkommensteuer im Jahre 1920 20 Proz., 1921 33 1/2 Proz., in diesem Oktober aber schon 72 Proz. betragen hat.

Sie betrachten es als eine Verhöhnung ihrer ehelich erfüllten Steuerpflicht, sie fühlen sich nach den Worten des Abg. Helfferich als „die dummen Kerle“, daß ihre Steuerleistungen, die im Ueberweissungsverfahren an die Finanzämter abgeliefert werden, monatlang in den Händen der Unternehmer liegen bleiben und dort sich in privatrechtlichen Vorteil umkehren.

So muß der Gedanke der Quellenbesteuerung, dessen Entwicklung zu fördern auch die Reichsregierung feierlich zugesichert hat, völlig zerfallen werden. Mitte September erklärte die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Ungerechtigkeiten des Lohnabzuges auf die Dauer den Gedanken des Steuerabzuges überhaupt nicht mehr vertreten lassen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund müssen heute dazu sagen, daß weite Kreise ihrer Mitglieder jetzt Gegner der Lohnsteuer geworden sind, und daß es ihnen auf das äußerste erschwert wird, diesen Einwirkungen wirksam zu begegnen, wenn keine Veränderung der Gesetzgebung eintritt.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: 93. Th. Seipart.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes: 93. Aufhäuser.

Nadelstichpolitik.

Von Albert Falkenberg.

Nadelstichpolitik wird nicht nur von der Entente Deutschland gegenüber getrieben, auch die Politik der deutschen Regierung den breiten Arbeitnehmerschichten gegenüber beginnt mehr und mehr aus einer Politik der Fürsorge hinüberzugleiten in eine Politik der Verärgerung.

Die Verbitterung, die mit der neuesten Einkommensteuergesetzgebung in die Reihen der Lohn- und Gehaltsempfänger hineingetragen worden ist, ist in demselben Maße im Wachsen begriffen, als jene Kreise erkennen, daß sie allein durch die ungerichtete Beteiligung am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer immer weniger in der Lage sein werden, ihre Wirtschaft zu balancieren. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat soeben eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der die schwere Mehrbelastung der Festbedienten durch Anwendung des Abzugsverfahrens bei jedem Lohn- und Gehaltsempfang sowie durch die Erfüllung der Vorauszahlungspflicht nach § 42 des Einkommensteuergesetzes und endlich infolge der beabsichtigten neuen Verschärfung ihrer steuerlichen Pflichten durch sofortige Entrichtung anfälliger Steueranteile bei Abgabe der Steuererklärung geschildert und eine entsprechende Reform der Einkommensteuer gefordert wird. Die amtliche Statistik erweist, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger bereits im Oktober 1922 mit 71,97 Proz. am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer beteiligt waren. Trotzdem gibt die Regierung dem Druck der bürgerlichen Parteien nach und nimmt die Ermäßigung der Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen vor. Die Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — tragen den Schaden davon, und zwar nicht nur als Angehörige einer Berufsschicht, sondern vor allem auch in ihren gewerkschaftlichen Berufsorganisationen.

Es gilt grundsätzlich die Macht der Gewerkschaften zu schwächen. Was bei den freien Arbeitern nicht gleich gelingt, läßt sich unter Anwendung obrigkeitlicher Methoden bei den Beamten schon leichter erreichen. Ein Musterbeispiel für Nadelstichpolitik hat der Reichsverkehrsminister geliefert mit seinem bekannt gewordenen Rundschreiben an die obersten Reichsbehörden, in dem für den Abbau des Erholungsurlaubs geworben wird. In einer Zeit, in der die Sparmaßnahmen bei den Reformen nur theoretisch hoch im Kurse steht, läßt es sich begreifen, wenn wenigstens dort praktisch Sparmaßnahme geübt wird, wo Gegenmaßnahmen ernsthaft nicht zu befürchten sind, nämlich bei den Angehörigen der unteren Besoldungsgruppen. Es ist geradezu bewundernswert, mit welcher Sorgfalt in dem erwähnten Schreiben des Reichsverkehrsministers alles herausgesucht worden ist, um mit der Begründung des Abbaues des Erholungsurlaubs für 1923 gerade die Angehörigen der unteren Besoldungsgruppen zu verlegen, ja zu verhöhnen, und ihnen zu zeigen, daß man anfängt, sich allmählich wieder auf der alten Höhe des Vorgelegtenbewußtseins obrigkeitlicher Überwanz zu fühlen. Von diesem Standpunkt aus wird auch drücklich empfohlen, die Auseinandersetzung mit den Beamtenorganisationen nicht zu scheuen.

Wer mit dem Gefühl behördlicher Ueberlegenheit in die Verhandlung mit den Organisationen kommt, kann, so meint anscheinend der Reichsverkehrsminister, von vornherein mit seinen Behauptungen etwas weitherziger verfahren. So lassen denn auch die in dem Schreiben aufgestellten Behauptungen ausreichenden Spielraum für die den Organisationen gegenüber noch zu erweisende behördliche Debattierkunst. Es wird u. a. festgestellt: daß die „zurzeit gültigen Urlaubsdauern von vornherein für die unteren Gruppen zu hoch bemessen wären“ — daß die vielleicht früher einmal zu Recht gewährten Urlaubsdauern jetzt nicht mehr zu rechtfertigen sind, nachdem „die zu Beginn des Jahres 1921 noch stark unter der Nachwirkung der Kriegsverhältnisse stehende Ernährungslage sich wesentlich gebessert“ hat. Aber die allgemeine Teuerung? Wird der gegen die steigende Proletarisierung ankämpfende Beamte fragen. Gleich ist der Reichsverkehrsminister mit der Antwort zur Stelle: „Die allgemeine Teuerung kann in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt werden, da den erhöhten Preisen auch erhöhte bzw. zu erhöhende Bezüge gegenüberstehen, die eine entsprechende Lebenshaltung ermöglichen.“ So viel Worte, so viele Unrichtigkeiten, um nicht ein schlimmeres Wort zu gebrauchen.

Ist dem Reichsverkehrsminister wirklich bisher nicht bekannt geworden, daß Tausende seiner unteren Beamten immer noch nicht im Genuß des Existenzminimums sich befinden? Weiß man im Reichsverkehrsministerium wirklich nicht, daß alle wohlgemeinten Besoldungserhöhungen nicht vermögen, den durch die Geldentwertung entstandenen Schwund der Kaufkraft des Geldes einzupolieren? Sind wirklich, wie ebenfalls in dem angezogenen Schreiben behauptet wird, die Wirkungen des Krieges soweit behoben, daß für die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit entsprechend gekürzte Urlaubsdauern ausreichen?

Als es sich seinerzeit darum handelte, den Ursachen des Februarstreiks der Eisenbahner nachzugehen, haben wir in anderem Zusammenhang auf die falsche Personalpolitik des ehemaligen preussischen Eisenbahnministers hingewiesen. Wer

von diesem Schreiben des Reichsverkehrsministers Kenntnis erhält, kann nur feststellen, daß der frühere Kurs des Herrn von Breitenbach überholt worden ist. Ganz im Sinne der ehemaligen oberleitenden Bureaukratie wird hier an Tatsachen vorbeigelesen, deren Auswirkungen gerade bei der Festlegung der Urlaubszeiten an erster Stelle Berücksichtigung verdienen.

Mit der Meinung des Reichsverkehrsministers, daß sich die Ernährungslage „wesentlich gebessert“ habe, steht u. a. die Tatsache im Widerspruch, daß nicht einmal die Voraussetzungen für eine „wesentliche“ Verbesserung der Lebenshaltung im Laufe des letzten Jahres gegeben waren. Die Ausfuhr von Fleisch aus Amerika nach Europa bleibt für die Monate Januar bis September 1922 hinter den entsprechenden Monaten des Vorjahres um 20 Proz. zurück. Die Gesamtertragsleistung der Getreideernte weist für den gleichen Zeitraum einen Rückgang von 25 Proz. auf (für Weizen und Mehl allein rund 50 Proz.). Ein starker Rückgang ist auch bei konzentrierter Milch zu verzeichnen. Der Ausfall für die amerikanische Ausfuhrbilanz beträgt allein für Deutschland 65 Millionen Dollar. Besteht im Reichsverkehrsministerium etwa die Auffassung, daß während des letzten Jahres an Stelle der ausfallenden amerikanischen Produkte der Einkauf der gleichen inländischen Warenarten hätte treten können? Die Ergebnisse der Befoldungspolitik des letzten Jahres haben doch wahrhaftig am allerwenigsten die Beamten der unteren Befoldungsgruppen in den Stand gesetzt, sich die Lebenshaltung zu gestalten, die nötig gewesen wäre, um den vom Reichsverkehrsministerium befürworteten Abbau des Erholungsurlaubes rechtfertigen zu können.

Aber steht denn das Reichsverkehrsministerium auch sonst vollkommen außerhalb der Wirklichkeiten des Lebens? Hat es keinen Vertreter zu der Kundgebung der medizinischen Wissenschaft in der neuen Aula der Berliner Universität am 15. Dezember 1922 entsandt? Dort wäre manches zu hören gewesen, was doch nicht so ganz mit der Weisheit des Reichsverkehrsministeriums in Einklang zu bringen ist. U. a. der Hinweis des Geheimen Obermedizinalrats Prof. Kubner auf den Ernst der durch die „wirtschaftliche Katastrophe“ geschaffenen Lage. Prof. Kubner prägte u. a. den Satz: „Die nach Aufhebung der Kriegsblöcke eingetretene Besserung der Ernährungsverhältnisse und des Gesundheitszustandes ist schon 1921 (!) wieder durch neues Ernährungsleidend abgelöst worden.“ An anderer Stelle seiner Ansprache heißt es: „Den Wurzeln sind die Wirkungen des neuen Ernährungslebens nur zu deutlich erkennbar.“ Das Reichsverkehrsministerium aber stellt sich tot, und verfügt die wesentliche Besserung der Ernährungslage. Diese Methode ist aber wenig geeignet, den Forderungen der in der Kundgebung vom 15. Dezember zum Wort gekommenen wissenschaftlichen Kapazitäten gerecht zu werden. Sie haben nicht nur mit Gefühlsmomenten gearbeitet, sondern ihre Darlegungen auf statistisches Material gestützt, das allen Hörern zeigt, welche Verbreitung Mochitis, Tuberkulose und die zahlreichen anderen Leiden der breiten Massen infolge von Unterernährung erneut gefunden haben. Wenn der Geheimen Sanitätsrat Dr. Dippe u. a. meint, daß man das deutsche Volk „nicht nach dem Treiben in den Hauptstraßen der Großstädte“ beurteilen solle, dann darf vielleicht dem Reichsverkehrsministerium empfohlen werden, die Lebenshaltung der Angehörigen der unteren Befoldungsgruppen nicht an den Bezügen der Angehörigen der höheren und höchsten Befoldungsgruppen zu messen, sondern sich für die Erfüllung der Forderung des Geheimen Medizinalrats Prof. His einzusetzen, der von Gemeinden, Ländern und vom Reich alles zu tun verlangte, was in ihren Kräften stünde. Er führte in diesem Zusammenhang u. a. aus: „Auf wirksame Tuberkulosebekämpfung ist bei der Wohnungsnot und den Heizkosten kaum zu hoffen, jede Seuchenbekämpfung ist erschwert, die hygienischen und sozialen Fortschritte der letzten Jahrzehnte sind bedroht.“ Läßt sich dieser Gefahr besser begegnen als dadurch, daß die Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers durch rationelle Urlaubsausnutzung erhöht wird? Dazu ist aber vor allem ausreichende Urlaubsgewährung notwendig, also das

gerade Gegenteil von dem, was das Reichsverkehrsministerium fordert. Urlaubszeiten wie die den Angehörigen der unteren und mittleren Befoldungsgruppen bisher gewährt (I—IV 21—28 Tage, V—VIII 24—31 Tage) können wahrhaftig nicht als zu hoch bezeichnet werden, wenn man die Urlaubsgewährung als hygienische und sozialpolitische Maßnahme wertet, die untrennbar mit einer erfolgreichen Personalpolitik verbunden bleibt. Zeitgemäße Personalpolitik läßt sich aber nicht treiben unter Zugrundelegung vorkriegszeitlicher Normen. Weil die Urlaubsdauer für die Angehörigen der unteren Gruppen vor dem Kriege zu niedrig bemessen war, sind sie eben nach der politischen Umwälzung von 1918 so wesentlich heraufgesetzt worden. Jetzt aber die Herabsetzung damit zu begründen, daß man sagt, die Urlaubsdauern für jene unteren Gruppen seien „unverhältnismäßig reich bemessen“ worden, heißt doch nichts anderes, als nicht nur alle bisher für die derzeitige Heraufsetzung der Urlaubsdauern geltend gemachten Gründe verleugnen, sondern gleichzeitig auch sich wieder auf den ehemaligen vorgezeichneten Standpunkt zurückzuentwickeln. Darum auch das Ersuchen an die Reichsressorts, „die Auseinandersetzung mit den Beamtenorganisationen“ nicht zu scheuen.

Dieser Nabelstichpolitik gegenüber, die nicht wagte, „in offener Feldschlacht“ mit den „Errungenschaften der Revolution“ aufzuräumen, deren Verteidiger aber nur zu gut verstehen, im Wege systematischen Abbaues schon gewonnener Fortschritte jeden freibestehlichen Kurs der Beamten abzudrehen, kann von den Beamten nur der eiserne Wille, zusammenzustehen mit den übrigen Tellen der Arbeitnehmerenschaft, entgegengesetzt werden. Die Bahn für diesen Zusammen-schluß ist frei. In den Verhandlungen, die zwischen dem geschäftsführenden Vorstande des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und den Vertretern des ADGB. und des UFA-Bundes vor kurzem über die Frage des organisatorischen Zusammenschlusses geführt worden sind, hat das Erkennen der Notwendigkeit des Einanderverstehens den Ausschlag für den erfolgreichsten Abschluß der Verhandlungen gegeben. Die Zeichen mehren sich, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der die Einheitsfront der Arbeitnehmer wirksam werden wird. Unsere Behörden tun alles, was das Herannahen dieses Zeitpunktes zu beschleunigen.

Fünf Fragen.

Die Gewerkschaften haben bekanntlich in Anbetracht der gespannten wirtschaftlichen und politischen Lage eine Bepfehlung mit dem Reichskanzler verlangt, die jetzt endgültig am Freitag stattdessen soll. Dem Brief, der dieses Verlangen zum Ausdruck brachte, fügten die Gewerkschaften einen Fragebogen bei, der von der Regierung am Freitag beantwortet werden soll. Die fünf gestellten Fragen besagen unter anderem folgendes:

1. Inwieweit hat die Regierung Vorkehrungen getroffen, daß für die kommende Brotpreiserhöhung ein Ausgleich in den Löhnen und Gehältern auch der Privatindustrie geschaffen wird?
2. Inwieweit hat die Regierung dafür Sorge getragen, daß die der Entente angebotenen Maßnahmen innerwirtschaftlicher Art in den Kreisen der Wirtschaft keinen Widerstand zu erwarten haben, und inwieweit ist die Regierung bereit, bei der Vorbereitung dieser innerwirtschaftlichen Maßnahmen auch Sachverständige aus den Reihen der Gewerkschaften zu hören?
3. Ist die Regierung bereit, die Ungerechtigkeiten des Einkommensteuergesetzes, insbesondere für die Lohnsteuerpflichtigen, bei ihren in Arbeit befindlichen Ergänzungswürjen zum Einkommensteuergesetz auszugleichen?
4. Welche Absichten hat die Regierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot; insbesondere, inwieweit will sie auf eine Kontrolle der Baustoffpreise hinwirken?
5. Was gedenkt sie zur Bekämpfung des Wuchers zu tun? Will sie dafür sorgen, daß die rechtliche Grundlage der Wucherbekämpfung, im besonderen die Frage des Wiederbeschaffungspreises bald eine Klärung erfährt?

ebenso leicht vergessen, wie im nachgeborenen der äußere Glanz und die erlebte Reife verloren. Die Oper zeigt das am schärfsten, wie sie denn, fürstlich prunkend, an einem Höhepunkt, an einem Verfallspunkt angelangt scheint. Im sinnlichen Werk wiederum ist der intellektuelle Aufstieg noch kräftiger als der rein — musikalische, und die Idee, vorgefaßt, wuchert über den Zauber des Klanges und der Form und des Bauers.

Bewirung der Gemüter, das war die Signatur des kämpferischen Jahres 1922. Sie kann durch Verirrung hindurch zum Glanz und Sieg führen. Zwar nicht, wenn ein mexikanischer Dramatiker B. seine freundliche Unbegabtheit an Saiten und Fingern ausläßt; nicht, wenn eine Geigerin W. mit allen Inerzogenheiten der Konfervatoristin das E-Dur-Ronjert von Bach morder, aber vor dem letzten Strich noch launlos und versteinert stehen bleibt; kaum auch, wenn eine rechte Begabung, wie Ase Beda D. die Teufelstriller Paganinis zerträgt und zerpollet. Sicher aber, wenn die Hasemanns flurigen Reutnerischen Strich und gefühlten Ton leihen, wenn die Klünger spielen, wenn Furtmängler für modisch Geprägtes, selbst wenig Geliebtes eine Panze einlegt, und wenn irgend einer Mut und Kraft und Geist anbietet, die Technik und die Idee eines musikalischen Jahreszehnts in einem einzigen Werk zu adeln oder niederzubrechen. Wagner, Brahms, Mahler, Bruckner, Strauss — das waren die Letzten, die wir erlebten. Wer wird sie um den Namen eines Gottes bereichern? Die Tore des Jahres 1923 sind weit geöffnet. Mit Hoffnung, doch ohne Zuversicht treten wir über seine Schwelle.

Eine proletarische Feierstunde fand am zweiten Weihnachtsfeiertag wiederum im Großen Schauspielhaus statt, und Schöpfungen von Beethoven, Brahms, Bach und Liszt, Goethe und Herder hatten vollen Glanz über die festlich erregte Menge ausströmen können. Leider kamen die Hauptwerke, die den Wert der Veranstaltung ausmachen sollten, nicht zur reiflichen Entfaltung. Das war besonders peinlich in dem „Entseften Prometheus“ mit der Musik von Liszt, bei dem es dem Dirigenten Jander nicht möglich war, Chor und Orchester zusammenzubringen. Der Chor, zwar wie immer mit voller Hingabe bei der Sache, aber das Bühnener-Orchester spielte merkwürdig zäh gelehrt und interesselos, offenbar nicht willens, sich der Taktführung Meister Janders hinzugeben. So war der Dirigent, der zudem ungünstig placiert war und seinen Chor nicht überleben konnte, gezwungen, alle Energie für das Orchester aufzuwenden. Infolgedessen gerieten die Einsätze des Chors jaghaft und schüchtern. Einzelne Teile, wie der zweite Okeanoschor und die Chöre der Schmeißer und der Winger, gelangen recht gut. Auch in Beethovens Coriolan-Ouverture pfändete sich das Bühnener-Orchester keine Vorbereiten. Der Sprecher, bisher ein Sprachrohr meckerten Ausdruckswillens, schien sich bei Beethoe nicht sonderlich wohl zu fühlen, hatte natürlich auch keine Gelegenheit, das Erklamatorische seines Wesens (den Schrei aus der Tiefe) zur Geltung zu bringen. Die recht gedankenteilhche Ansprache von Professor Leo Reichenberg mußte vorgelesen werden. Lothar Witzel sprach voll Hingabe die verbindenden Worte im Prometheus und Heinrich Witte mit seinem starken Temperament die Soloworte des Goethe-Werkes, Paula Weinbaum sang zur Orgel und füllte den weiten Raum mit ihrer Stimme, die sich und hart

Hennig als Enthüller.

Kriegserklärung an die Deutschnationalen.

Während die deutschnationalen Presse Berlins bei den abgeplätterten Deutschvölkischen mit erhobenen Händen um gutes Weiter bittet, reißt der Abg. Hennig im Lande herum, um gegen die Deutschnationalen Partei das Kriegsbeil zu schwingen. Am 21. Dezember sprach er in Halle über die Gründung der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“, die im Kampf gegen die Deutschnationalen erfolgt sei. Als kennzeichnend für den systematischen Ausschluß der Völkischen aus der Helfersch-Partei führte er einen Ausdruck eines Führers an, der folgendermaßen lautete: „Wenn nicht endlich die Völkischen rausgeschmissen werden, dann bekommt die Deutschnationalen Partei von der Industrie keinen Pfennig mehr.“ Die heutige Regierung bezeichnet Hennig als ein „geistiges Vorbild“, das nur zu überwinden sei, wenn man nach Bayern schaue und sich die Toten der Runge und Hitler zum Vorbild nehme.

In der Diskussion wurde behauptet, daß keine Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei anwesend seien, „der man doch so manches ins Gesicht schleudern müßte“. Ein Landwirt richtete an seine Berufskollegen den Appell, „nichts an das Judentum zu verkaufen“.

Im Schlußwort richtete Major Hennig scharfe Angriffe gegen den Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei, der es den deutschvölkischen Abgeordneten verbot, Versammlungen abzuhalten, weil die Wählerschaft „von der völkischen Idee nichts wissen“ wolle. Mancher Kommunist würde sich schämen, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Herr Hennig erzählte u. a. auch folgende Geschichte: „Bei einem Zusammensein im Desauer Garten zu Berlin gab es eine Auseinandersetzung über den Krieg, und plötzlich lärmte sich der Abg. Graef-Anklam in regelhafter Weise zu unserem Tisch herüber und sagte:

„Nicht die Juden, sondern die Offiziere sind am Zusammenbruch Deutschlands schuld.“

Von Hindenburg an waren sie alle Sch... er und politisch unreif.“ Diese Äußerung soll Hergt mit der angeblichen Trunkenheit von Graef-Anklam entschuldigt haben. Versprochen wurde, daß Graef sein Amt als Geschäftsführer niederlegen müsse, jetzt aber sei dieser Mann sogar neu gewählt worden.

Zur Frage der Staatsform erklärte der Redner: „Es kann uns gleichgültig sein, ob Monarchie oder Republik, die Staatsform wird sich ergeben, wenn wir eine völkische Regierung haben.“ Auf die Frage, ob man als Mitglied der Nationalsozialisten auch gleichzeitig Mitglied der Völkischen Partei sein könne, antwortete er: „Bleiben Sie bei Ihrer Organisation und wirken Sie im völkischen Sinne. Wir wollen den einzelnen Verbänden nicht ihre Mitglieder abtreiben, sondern die Gesamtorganisationen zu uns herüberziehen. Die Einzelorganisationen finden, falls man sie auflöst, jederzeit bei uns Unterschlupf.“ Natürlich „denkt“ Herr Hennig nicht an einen Putsch, aber dennoch äußerte er: „Wir müssen uns organisieren und nicht davor zurückschrecken, unsere Häute zu gebrauchen. Wer es wagt, unsere Versammlungen zu stören oder zu sprengen, kriegt Drecksche. Wenn bei einem Streit Arbeitswille durch die bezahlten roten Streikposten belästigt werden, dann sollen sie durch einige unserer Hundertschaften vor diesen Klammern geschützt werden.“

Diese letzte Äußerung läßt darauf schließen, daß die Industrielle der doch nicht kampflös der deutschnationalen Konkurrenz überlassen bleiben sollen.

Schiebungen mit deutschem Kall. Die das Rigaer Blatt „Jaunas Sinas“ berichtet, hat die deutsche Gefandtschaft die Aufmerksamkeit des lettischen Außenministeriums darauf gerichtet, daß mehrere Firmen in Riga aus Deutschland große Mengen von Kall einführen, das von Riga nach Estland exportiert wird. Der deutsche Gefandte hat ersucht, diesen Transit zu verhindern, da durch ihn die Spekulation gefördert werde.

Weihnachtsamnestie in Irland. Die irische Regierung beschloß, alle politischen Gefangenen zu befreien, wenn sie sich verpflichten, künftig nicht mehr mit der Waffe gegen den Staat zu kämpfen.

Musik-Ausklang 1922.

Von Dr. Kurt Singer.

Ein lechter Blick auf das Musikjahr 1922. Freude, daß so manche gute Kraft der Not erfolgreich trotzte, daß überhaupt wieder Musik belebend, aufhellend, neu und zukunftsfroh aufklingt. Daß Alles respektiert und geliebt, Neues nicht beachtet, Problematisches gebildet, Gemaltames, Explosivendes, Glühendes auch im Ueber-schwang gehört und beachtet wurde. Eine Jugend scheint aufzusteigen und eine wirkliche Verdrängung der Weltphorie in der Welt der Musik sich anzubahnen. Was blieb uns denn in unserer Not? Was schließt uns noch vor der Verzweiflung? Der große, heilige, zum Himmel tragende Akkord, die ewige Melodie, der süßliche, hebende, anseuernde Rhythmus, die Harmonie schöner und edler Klänge.

Zur Freude gefehlt sich der Schmerz. Der Kühnheit des Schöpfers sind Grenzen gezogen in unserer Not. Gut, daß viel Unkraut verdrängt in fleischigem Boden. Bitter, daß auch das Schöne Klango zum Ortus verflucht. Daß das Ritornell des Ausländischen besseres Ausmaß heimischer Kunst verdrängen konnte. Ist Hoffnung auf Ende der Krise? Tausende atmen ihr entgegen, Hunderten wird die Fadel des Ruhms nicht mehr leuchten, viel Talent wird verfallen, ohne Licht verblühen. Die Kunst steht sich in den Schutz des Staates, sie trinkt auch an seinem Lebensstoker. Wie waren so sehr Kunst und Musiker geleitet an das Leben und Gedulden eines Staates, niemals noch gingen Kunst und Politik so geschwisterliche Bräutleinwege. Wo führt das neue Jahr uns hin? Wird uns das Chaos den tanzenden Stern gebären? Wird Friede wirken auf der Erde? Noch ist erschöpfender Kampf um Brot und Wärme. Dem Augus sind für den Arbeitenden die wüßlichen Arme verbunden. Aber sehnsüchtig harret er einer andächtigen Feierstunde der Musik entgegen. Doppelte Verantwortung, nur das Höchste an Wollen und Können dem Ohr zu bieten.

Die wir allabendlich dem Gesamtklang des Berliner Musik-lebens lauschen wollen, sind gezwungen, aus dem Erreichbaren das Gesunde, Fortschrittliche, das Erlebnisschwere herauszuziehen und im Wort Unausdrückbares der Musik wieder Wust werden zu lassen im Wort. Das Musikleben entgeht uns, und von dem Guten selbst hafter nur das Beste. An ihm verschränkt der Chronist sein herab-sinkt dankbar, im innigen Bestreben, andere heranzuführen, und ohne Respekt vor der Leistung, nie ohne ernste Prüfung des Ge-wissens. Aber was ist Arbeit in der Kunst? Ein Anfang, kein Ziel, ein Boden, kein Bau, eine Dämmernung, kein Licht. Der Arbeitende sei gefördert der Suchende geliebt, der Anbahner gepriesen, der Pflucker verdammt und das Genie angebetet. Und wenn einmal die Welt der Musik anfangt, sich zu bewegen und zu erregen, wie wollen inbrünstig die treibenden Kräfte suchen und den Geist, dem sie gehorchen.

Im Strom des Gehörten, Gesehenen, Erlebten laßt Euch nicht irren machen. Das Schlagwort läßt aus eurem Gedächtnis. Es liest den Geist, Richtungen und nach Richtungen empfangene Werte sind oft nur historische Stationen, kurzlebige Es gibt nur gute oder schlechte Musik, in allen Stilarten. Im wahrhaft er-lebten Wert werden allmählich Richtung und mäßige Technik

zugleich. Die Massen, die den Kistenraum bis zum Dach füllten, gaben sich jedoch willig und freudig dem mit großer Liebe gefügten Werk als Ganzes hin, und deshalb soll auch dem Leiter des Sprechers Albert Florath ein besonderes Wort der Anerkennung und Ermunterung am Jahreschluß nicht vorenthalten bleiben. tr.

Das russische Romantische Theater bringt jetzt in seinen Nachmittagsvorstellungen, von denen die ersten in den Weihnachtstagen stattfanden, noch dem bereits bekannten Tonzemal „Bjaren-bogzeit“, als Neuheit eine Zusammenstellung von Solatönnen, bei denen die besten Kräfte des Ensembles mimierten. Auch hier sind es die Smirnowa, die Pawlowa und Eisa Krüger, sowie Boris Romanoff und U. Obuchoff, die das Publikum durch ihre temperamentvolle Kunst begauern. Stürmischen Beifall fanden vor allem die russischen Nationaltänze von Eisa Krüger und der Matrosentanz von Romanoff. A. S.

Die verheiratete Lehrerin in England. Nach einer in London veröffentlichten amtlichen Statistik wird von je 33 im Dienst der städtischen Schulen stehenden verheirateten Lehrerinnen nur eine einzige im Jahre Mutter. Verheiratet sind überhaupt von den in städtischen Schulen tätigen Lehrerinnen 28,8 Proz. Die Schuldeputation der Londoner Gesellschaft hat aber jetzt einen Antrag eingebracht, monoch die Anstellung von Lehrerinnen in Zukunft von deren Verzicht auf die Ehe abhängig gemacht werden soll. Eine Ausnahme soll nur bei bereits verheirateten Frauen gemacht werden, deren Ehemänner dauernd außerstande sind, für den Lebens-unterhalt ihrer Frauen zu sorgen oder die von ihren Männern verlassen worden sind. Die bereits im Dienst befindlichen Lehrerinnen sollen von dieser neuen Bestimmung nicht berührt werden. Von ihnen haben sich seit Oktober 21 verheiratet, eine Anzahl, die erheblich unter dem normalen Prozentsatz bleibt.

Hilferuf auf See. Jedes Schiff in Seerot sendet heute, gleichviel welcher Nation es angehört, als Hilferuf die Buchstaben SOS aus. Da dieser Ruf unter Umständen jedoch durch andere drahllose Depeschen unwirksam gemacht werden kann, so stellt man jetzt in England, wie in der „Umschau“ berichtet wird, Versuche an, ihn durch ein selbsttätiges Rostlana zu ersetzen, das eine andere Wellenlänge hat, als sonst im Schiffverkehr üblich ist, bei dem also eine Ueber-treuzung nicht möglich ist. Die Wellen des Rostlana lösen auf allen Schiffen, die sich in seinem Wirkungsreich befinden und die mit derselben Vorrichtung ausgerüstet sind, selbsttätig eine Alarmmelodie aus, worauf sich der Funke in der üblichen Weise mit dem in Not geratenen Schiff in Verbindung setzen kann. Bei diesen Versuchen wurden bis auf eine Entfernung von 165 Kilometern befriedigende Ergebnisse erzielt. Zehn englische Schiffe haben bereits diese selbst-tätige Alarmvorrichtung und weitere 25 werden jetzt damit ausgerüstet.

Staatskörper. Wegen Erkrankung zweier Künstler muß Kall „Bredigundis“ am 20. „Bredigundis“ gegeben werden.

Richard Strauss soll an der Wiener Musikakademie, die demnach dem Rang einer Musikuniversität erhalten soll, mit der Leitung der Weichschule für Komposition beauftragt werden.

Großes Schauspielhaus. Am 8. Januar hält der Schlußkonzert Maxilian Bach ein Jubiläum des Schachbundes deutscher Schach-spieler einen Vortrag im Hinblick an seinen Vortrag.

Das Holz als Vorwand.

Französische Konfliktsache.

Die Reparationskommission veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, wonach die Kommission einstimmig festgestellt hat, daß Deutschland die Frankreich geschuldeten Holzlieferungen nicht geleistet hat. Sie hat mit 3 gegen 1 Stimme (Bradbur) entschieden, daß diese Nichtausführung der Lieferungen eine vorsätzliche Verletzung Deutschlands darstellt und hat beschlossen, dieses unerbittlich den interessierten Regierungen mitzuteilen.

Paris, 27. Dezember. (W.F.) Havas beschäftigt sich in einer längeren, offenbar beeinflussten Note mit dem gestrigen Beschluß der Reparationskommission, betreffend die deutschen Holzlieferungen. Nachdem zuerst festgestellt wird, daß es der französische Delegierte Barthou war, der infolge von Weisungen des Ministerpräsidenten die gestrige Entscheidung herbeigeführt hat, heißt es in der Mitteilung, es sei nicht zweifelhaft, daß Poinecaré anfänglich der interalliierten Beratung vom 2. Januar seine Kollegen über die Maßnahmen unterrichten werde, die die französische Regierung infolge der Verletzungen Deutschlands bei den Holzlieferungen für notwendig erachte.

Diese neue Lage könne übrigens nur die stets von der französischen Regierung unterstützte These bestärken, daß Deutschland kein neues Moratorium ohne sofortige produktive Pfänder gewährt werden könne. Nach dieser Richtung scheinete sich in der diplomatischen Lage, was mit Befriedigung festzustellen sei, ein Fortschritt zu zeigen. Ueber die endgültige Absicht Bonar Law sei man zwar noch nicht vollkommen unterrichtet, man wisse aber, daß keine Meinungsverschiedenheit in der Reparationsfrage das Pariser und das Brüsseler Kabinett trenne. Auch von Rom komme das Gerücht einer progressiven Annäherung des italienischen und des französischen Standpunktes. Nach den letzten Nachrichten wünsche Mussolini persönlich nach Paris zu kommen, um eine realistische Politik zum Siege zu führen, die den berechtigten Wünschen seines Landes Befriedigung gebe. Der italienische Delegierte in der Reparationskommission d'Ameglio, der Mussolinis vollkommene Vertrauen genieße, arbeite seit der letzten Konferenz in diesem Sinne. Italien soll der Kontrolle der Romaniasforsten und Staatsgruben des Ruhrgebiets, der Beschlagnahme der Zolleinnahmen, sowie der Emission einer innerdeutschen Anleihe von 3 Milliarden Goldmark, garantiert von Banken und Industriellen, günstig gesinnt sein. Auch sollen interalliierte Sanktionen automatisch erfolgen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Man sehe also, daß die italienische Auffassung keineswegs von der französischen These abweiche, die ebenfalls die Kontrolle der Ruhrgruben ins Auge faßt, wenn sie auch nicht die Anwesenheit einer Mindezzahl von Truppen für diesen Zweck verlange, die in Frankreich für notwendig gehalten werde.

Eine Erklärung Jaspars.

Brüssel, 27. Dezember. (W.F.) Meldung der Agence Belge. Am Senat erklärte der Minister des Äußeren Jaspars im Hinblick auf die Anfang Januar in Paris stattfindende Konferenz: Es ist unmöglich, Deutschland ein einfaches Moratorium ohne Garantien zu gewähren. Die belgische Regierung wird dem nicht zustimmen. Hinsichtlich der Garantien möge der Senat dem Ministerpräsidenten und mir Vertrauen entgegenbringen. Kein Vertreter einer alliierten Regierung hat sich über diesen Punkt genau auslassen wollen. Ich würde gegen die Pflichten meines Amtes verstoßen, wenn ich

nicht ebenso Stillschweigen beachtete. Wir messen dem den größten Wert bei, daß die Maßnahmen, die in Paris getroffen werden, auf Grund eines Abkommens zwischen allen Gläubigern beschlossen werden. Die Pariser Konferenz erscheint in einer günstigen Atmosphäre. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, auf ihr eine Regelung zu treffen, welche die interalliierte Entente und die Lage aller Gläubiger Deutschlands sicherstellt.

Anleihe und Ruhrbesetzung.

London, 27. Dezember. (W.F.) Die „Daily News“ schreiben in bezug auf die Pariser Konferenz, daß die Beschlüsse dieser Konferenz so berechnet werden müssen, daß dadurch die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht aufgehoben wird. Vorläufig werde dies nur durch eine internationale Anleihe möglich sein. Die beiden Länder jedoch, die jetzt allein imstande seien, an Deutschland Gelder auszuliehen, nämlich England und Amerika, seien der Ansicht, daß durch die Besetzung der Ruhr die Aussichten für das Zustandekommen einer Anleihe gefährdet werden, oder daß dieselbe dadurch überhaupt unmöglich werde. Die Alternative, vor der die Alliierten sich befänden, liege klar vor aller Augen. Es werde sich nun darum handeln, ob Frankreich sich für einen Irrtum entschließen wolle, dessen Folgen unberechenbar wären.

Eine Anklage Jouhaux'.

Paris, 27. Dezember. (W.F.) Der Führer der französischen Gewerkschaften, Léon Jouhaux, spricht sich in dem Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ über die Bemühungen der deutschen Arbeiter seit August 1919 aus, am französischen Wiederaufbau beteiligt zu werden. Jouhaux schreibt:

Im August 1919 fanden in Versailles Verhandlungen statt, an denen Vertreter der französischen und der deutschen Regierung und Delegierte der Arbeiterorganisationen der beiden Länder teilnahmen. Die Berichte der beiden Gewerkschaftszentralen schlossen mit deutschen festen Vorschlägen für die Verwendung deutscher Arbeiter zum Aufbau der Geschädigten und unter Aufsicht der gewerkschaftlichen Organisationen. Zum ersten Male bekundeten die deutschen Arbeiterverbände ihren Willen, gemeinsam mit der französischen Arbeiterschaft wieder aufzubauen. Dieser Bericht habe nicht einmal die Ehre einer Prüfung gehabt. Man sei auf den Widerstand der Regierung gestoßen.

Die Regierung habe, um die Gründe ihrer Weigerung nicht öffentlich bekanntzugeben, vollkommenes Stillschweigen gewahrt. Trotzdem seien im Oktober 1919 in Amsterdam anlässlich der Bauarbeiterkonferenz die Verhandlungen wieder aufgenommen worden, und wenige Wochen später hätten in Paris in Anwesenheit der deutschen Gewerkschaftsvertreter Páplow und Silber Schmidt nochmals Verhandlungen stattgefunden. Die Arbeiter seien einig gewesen, die Regierungen aber seien stumm geblieben. Hierauf habe man beschlossen, unter Führung des Allgemeinen Arbeitsamtes zu verhandeln. Die Konferenz habe im Januar 1920 stattgefunden und mit einem allgemeinen Abkommen geendet, das die gewerkschaftlichen Bedingungen für die Verwendung deutscher Arbeiter enthalte: Ein Protokoll sei der französischen und der deutschen Regierung übermittleit worden. Alles sei also für eine nützliche und effektive Zusammenarbeit mit den deutschen Arbeitern und den deutschen Lieferanten von Rohstoffen für den Wiederaufbau vorbereitet gewesen.

Wirtschaft

Die Großhandelspreise über dem Dollar.

Der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung für die dritte Dezemberwoche beträgt 1642,28. Die deutschen Großhandelsmärkte standen in dieser Woche (beginnend mit Sonnabend, den 16. Dezember und endend mit Freitag, den 22. Dezember) unter dem Einfluß einer nicht unerheblichen Verbilligung der ausländischen Zahlungsmittel, so daß sich auf der einen Seite die börsenmäßig notierten Waren im Preise zum Teil erheblich ermäßigten, auf der anderen Seite für die gebundenen Preise, die von den Ringen und Syndikaten diktiert werden, keine Erhöhungen vorgenommen wurden. Das Verharren der Kohlenpreise sowie die Preiserhöhung einiger wichtiger Nahrungsmittel schwächte die zum Teil sogar erheblich aus der Marktbesserung resultierenden Preisentfaltungen einiger Produktmärkte ab. Andersfalls wäre die Ermessung des Wochenpreisniveaus zu einem noch niedrigeren Ergebnis gelangt. Die auf dem Dollarkursniveau der drei Vorwochen basierende schematische Normierung des Goldzollausgleiches ergab ein 18,5faches Zollausgleich für den 16. bis 23. Dezember, während das Dollarkursniveau auf dem nur 15,87fachen und das Großhandelspreisniveau auf dem 1642fachen der Vorkriegszeit stand, so daß in der Berichtwoche ein den Waren- und Devisenpreiserhöhungen gegenüber viel zu hoher Goldzollzuschlag bezahlt werden mußte. Trotzdem zeigt für die Berichtwoche der Großhandelspreisindex trotz noch einen Rückgang von 1792,12 auf 1642,28, d. h. um 8,4 Proz. gegenüber der Vorwoche; die zugrunde gelegten 44 Waren wiesen also das 1642fache ihres Vorkriegspreisstandes (Ende 1913 gleich 1) auf. Der Dollarkursmittels in Berlin betrug im Durchschnitt der Berichtwoche 6662,50 M., so daß sich gegenüber dem Durchschnittskurs der Vorwoche von 8074,58 für einen Dollar ein Rückgang um 17,5 Proz. ergab. Während die Preise also das Steigen des Dollars mitmachten, haben sie es mit dem Sinken weniger eilig.

Kapitalvermehrung. Der auf den 25. Januar 1923 einberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Barmer Bankvereins soll vorgeschlagen werden, daß die bisherigen 100 Millionen Mark Schufaktien ab 1. Januar 1923 dividendenberechtigt an ein Bankenfondium abgegeben werden sollen. Ferner soll die Erhöhung des Aktienkapitals um 500 Millionen Mark vorgeschlagen werden. Von diesen Aktien sollen 250 Millionen Mark den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zu einem noch festzusetzenden Kurse angeboten und die restlichen 250 Millionen Mark als Schufaktien mit 25 Proz. Einzahlung von einem Bankenfondium übernommen werden.

Der Verein deutscher Eisenhütten, Hüttenverband in Düsseldorf, ermächtigte entsprechend der durch die Kohlenpreis-Ermäßigung eingetretene Verminderung der Herstellungskosten die Gutswarenpreise für Lieferungen im letzten Dezemberviertel um 5 Proz.

In Jugoslawien ist der Verkehr mit Devisen vom 31. Dezember ab freigegeben. Jeder Importeur mit eingetragener Firma, der seine Steuern bezahlt hat, kann in Zukunft ohne Erlaubnis Waren einführen und Devisen laufen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Tabelle sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 spanischer Peseta 1167,10 Geld, 1162,60 Brief; 100 österr. Kronen abget. 10,34 Geld, 10,43 Brief; 1 tschechische Krone 234,41 Geld, 235,58 Brief; 1 ungarische Krone 8,09 Geld, 8,11 Brief; 1 bulgarischer Lewa 50,87 Geld, 50,63 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 79,30 Geld, 79,70 Brief.

Folgt ihrem Beispiel!

In wenigen Monaten vollendet das „Berliner Volksblatt“, dessen Fortsetzung der heutige „Vorwärts“ bildet, das 39. Jahr seines Bestehens. Es wird dann in das 40. Lebensjahr eintreten. In den schwersten Zeiten des Sozialistengesetzes, nachdem alle Parteiblätter unterdrückt waren, unternahmen die Berliner Genossen den waghalsigen Versuch, aufs neue eine Zeitung herauszugeben, die die sozialistischen Ideen verbreiten und die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertreten sollte.

Welche Opfer die einzelnen der Genossen in jenen schwierigen Zeiten für ihr Blatt brachten, das vermag die heutige Generation kaum noch nachzufühlen. Aber sie kann sich an jenen heute noch ein Beispiel nehmen. Auch gegenwärtig wird die Existenz der Zeitungen aufs Schwerste bedroht, wenn auch nicht durch die Staatsgewalt, so doch um so stärker durch den Papierwucher und die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Aber gerade diese Not, die besonders hart die sozialistische Presse trifft, wird unsere Genossen veranlassen, um so eifriger für die Erhaltung des

„Vorwärts“

zu sorgen und ihm neue Mitstreiter zuzuführen. Jeder in der Partei muß sich der Schwere seiner Verantwortung bewußt bleiben: Wenn das vierte Jahrzehnt unseres Blattes vollendet sein wird, soll niemand auftreten dürfen und sagen: Die Alten haben die Opfer gebracht und ihr Organ mühevoll ausgerichtet, die jüngere Generation, aber hätte durch Pässigkeit den Bau verfallen lassen.

Darum, ans Werk! Zum 1. Januar müssen neue Leser gewonnen werden dem „Berliner Volksblatt“, dem

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____
Vorn — Hof — Quergeb. — Seit: nrl. — Tr. links — rechts
bei _____

Erhöhung der Postgebühren um 100 Proz.

12000 Dienstposten werden eingezogen — Defizit 1923: 386 Milliarden.

Der Reichspostminister hat den Mitgliedern des Verkehrsbeirats seine Vorschläge für die bereits zum 15. Januar angekündigte neue Postgebührenerhöhung zugehen lassen. Im Durchschnitt sehen die Vorschläge eine Erhöhung von 100 Proz. vor, so daß also ab 15. Januar der gewöhnliche Fernbrief 50 M., im Ortsverkehr 20 M., die Karte im Ortsverkehr 10 M., im Fernverkehr 25 M. kosten. Für gewöhnliche Telegramme wird eine Grundgebühr von 80 M. und eine Wortgebühr von 40 M. in Voranschlag gebracht. Presse- und Ortstelegramme sollen die Hälfte dieser Sätze kosten. Eine weitere Erhöhung der Fernspreckgebühren soll nicht vorgenommen werden.

Neu geplant ist die Abführung einer sogenannten Abgabengebühr für Pakete, d. h. auch jeder Paketempfänger, der seine Pakete selbst abholt, muß in Zukunft für ein Paket bis 10 Kilogramm 25 M., über 10 Kilogramm 50 M. und für jedes zweite Paket 15 M. zahlen. Ferner ist die Einführung des Drei-Kilo-Pakets neu. Das Paket kostet in der Kategorie 200 M., in der Fernzone 400 M. Der Preis für die Beförderung der Fünf-Kilo-Pakets ist in Zukunft in der Kategorie 300 M., in der Fernzone 600 M.

In einer Denkschrift, die der Reichspostminister seinen Vorschlägen beigelegt hat, wird das Defizit der Reichspostverwaltung für das Rechnungsjahr 1923 auf 385,6 Milliarden Mark beziffert. Diese Summe glaubt man durch Sparmaßnahmen um 78,7 Milliarden verringern zu können. Bis zum 31. März 1923 sollen weitere 12000 ständige Dienstposten eingezogen werden. Rund 40000 Personen sind im Verlauf der letzten beiden Jahre bereits entlassen worden.

Die Heimkehr der Letzten.

Die letzten vier Kriegsgefangenen, die in Frankreich zurückgehalten wurden, sind in den Weihnachtstagen endlich nach Deutschland zurückgekehrt. Damit kann die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener ihren dreißährigen unermüdeten Kampf für die in Frankreich internierten Gefangenen einstellen. Am Juni des Jahres 1920, als die Bemühungen der Regierung zu keinem positiven Ergebnis führen wollten, veranstaltete der Reichsverband seine erste große Aktion, den sogenannten „Wagnon-Sonntag“. 32 Kriegsgefangene wurden daraufhin begnadigt. Die dann auch mit französischen Kreisen eingeleiteten Verhandlungen und die zweite große Dezemberkundgebung der Kriegsgefangenenorganisation, bei der in Berlin Reichstagspräsident Röbe sprach, führte dazu, daß die französische Liga für Menschenrechte sich dieser Angelegenheit warm annahm. Die weiteren Bemühungen der Reichsvereinigung brachten dann weitere Teilbegnadigungen im Jahre 1922, der dann im Oktober/November die Begnadigung von 22 Kriegsgefangenen und jetzt endlich die der letzten 4 folgten.

Alkauen ist von der Vorkriegskonferenz de jure anerkannt worden. Die Anerkennung ist auf Grund einer Note Litauens über die Internationalisierung des Nemelofflusses erfolgt.

Was die Zeitungen kosten.

Die Hamburger Blätter haben bisher für den Monat Januar folgende Bezugspreise festgesetzt:

Hamburger Fremdenblatt (zweimal täglich)	2200 M.
Hamburger Nachrichten (zweimal täglich)	2200 „
Hamburgischer Correspondent (zweimal täglich)	2500 „
Hamburger Echo (einmal täglich)	1500 „

Der „Vorwärts“ kostet bei zweimaligem Erscheinen am Tage für den Monat Januar nur 1600 M. Im Vergleich mit den Preisen, die für andere Blätter gleichen Umfangs gefordert werden müssen, ist unser Bezugspreis also immer noch niedrig bemessen. Um so mehr werden unsere Genossen die Notwendigkeit erkennen, dem „Vorwärts“ auch für das neue Jahr neue Freunde zuzuführen.

Erhöhung der Steuerabzüge.

Amlich wird mitgeteilt: Der Steuerabzug erhöht vom 1. Januar 1923 ab eine wesentliche Änderung. Bisher haben die Beiträge, um die sich der von dem Arbeitslohn eingehaltene Betrag von 10 v. H. minderte, auf den Monat gerechnet, je 40 M. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau, 80 M. für jedes zur Haushaltung zählende Kind ohne eigenes Arbeitsverdienst oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitsverdienst und 90 M. zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge betragen. Diese Beiträge erhöhen sich vom 1. Januar 1923 ab für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau auf je 200 M. monatlich, für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitsverdienst oder jedes nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitsverdienst auf 1000 M. monatlich und zur Abgeltung der Werbungskosten und sonstigen Abzüge ebenfalls auf 1000 M. monatlich. Im übrigen — abgesehen von diesen ziffermäßigen Änderungen — ist der Arbeitgeber nach wie vor an die Eintragungen, die von der Gemeindebehörde oder dem Finanzamt auf dem Steuerbuch hinsichtlich der Zahl der bei dem einzelnen Arbeitnehmer zu berücksichtigenden Familienangehörigen gemacht sind, gebunden.

Die Arbeitslosenfrage in England.

London, 27. Dezember. (W.F.) Beim Empfang einer Arbeitslosen-Delegation in Glasgow soll Bonar Law den Arbeitslosen erklärt haben, daß es der Regierung nicht möglich sein werde, allen englischen Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, so lange die wirtschaftliche Lage Europas nicht normal sei. Die Regierung sei aber bereit, die private Initiative zur Verringerung der Arbeitslosennot zu unterstützen, wenn es sich z. B. um den Bau von Schulen handle, sei die Regierung bereit, 75 Proz. der Kosten zu tragen. Der Führer der Delegation der Arbeitslosen erwiderte darauf, daß die Erklärung Bonar Laws nur die Unfähigkeit der Regierung wider-spiegelt, für die Arbeitslosen überhaupt etwas zu tun.

Begnadigungen in Südafrika. Der Generalgouverneur beschloß, alle Personen, die im Zusammenhang mit dem Aufbruch im Randgebiet zum Tode verurteilt wurden, zu Gefängnisstrafen von verschiedener Dauer zu begnadigen.

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Gauleiter freier Gewerkschaften.

Tarnow und Robert Schmidt über Wirtschaftsprognosen.

Gestern tagte im Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Funktionäre der freien Gewerkschaften für die Provinz Brandenburg, die vom Kartell der Gauleiter für die Provinz einberufen war.

Als erster Redner sprach Genosse Tarnow über „Die Ursachen der Geldentwertung“. Nachdem er die Ursachen (Inflation und Spekulation) näher gekennzeichnet hatte, trat er in seinen weiteren Ausführungen energisch für die Stabilisierung unserer Mark ein und vertritt sich über die Wege, die hierfür beschritten werden müßten. Mit einem Memorandum über die Zweck nicht erreicht werden, eine internationale Anleihe werde aber erst Erfolg haben, wenn es gelänge, die Reparationsverpflichtungen zu regeln. Ob die Goldreserve der Reichsbank die Stützungsfunktion der Mark fördern könnte, sei eine Frage, über die große Meinungsverschiedenheiten vorherrschten. Schließlich bestimme die Möglichkeit, eine Art Doppelwährung zu schaffen, indem neben der Papiermark ein Zahlungsmittel als Goldwährungserlag eingeführt werde. Vom Großhandel und der Großindustrie werde schon seit längerer Zeit in Goldwährung fakturiert. Die Theorie, nach der die heutige Lohnbewegung infolge der Geldentwertung zwecklos sei, müsse als gänzlich unzutreffend zurückgewiesen werden. Tatsächlich liege die Sache so, daß die Lohnbewegungen viel Elend verhindert und große Not gemildert haben.

Hierauf sprach Genosse Robert Schmidt über wirtschaftliche Fragen.

Die sehr umfangreichen Ausführungen des Redners lassen wir zusammengefaßt hier folgen: Die bürgerlichen Kreise haben es endlich zur Aufhebung der Zwangswirtschaft gebracht, von der sie dem Volke eine Verbilligung der Lebenshaltung versprochen haben. Was die Aufhebung gebracht hat, wissen wir aus der Erfahrung. Selbst die wenigen noch der Zwangswirtschaft unterstellten Produkte machten sie leider für die freie Wirtschaft haben. Das wir bezüglich unserer Ernährung ganz erheblich vom Ausland abhängig sind und die Preise für die im Inland erzeugten Nahrungsmittel durch die freie Wirtschaft den Auslandspreisen angepaßt werden, ist von unseren Gegnern verschwiegen worden.

Eine starke Entzündungstendenz der Zusammenfassung großer Wirtschaftskreise vom Rohstoff bis zur Fertigstellung zeigt sich im deutschen Wirtschaftsbetriebe. Hier ist die freie Konkurrenz bis zu einem gewissen Grade ausgeschaltet. Eine ungeheure Kraft des wirtschaftlichen Einflusses zeigt sich auch gegenüber der Arbeiterbewegung. Diese wird mit dem Einfluß zu rechnen haben, wenn eine räumliche Konjunktur eintreten sollte. Kommt ein Land dürfte eine so rasch aufsteigende große Wirtschaftskategorie zu verzeichnen haben wie Deutschland. Großindustrie und Großhandel heimlich ungeheure Gewinne ein. Beträgt doch der Lohn des deutschen Arbeiters weniger als die Hälfte des Lohnes des englischen, und die deutschen Frachttarife sind trotz mehrfacher Erhöhung immer noch niedriger als die Tarife des Auslandes.

Durch die zu niedrigen Ausfuhrabgaben haben wir nicht nur eine Schädigung der steuerlichen Einnahmen, sondern auch erreicht, daß die Konkurrenzländer sich mit Schutzzölkern in Gestalt von Zöllen umgeben haben. Man hat durch Kalkulationen beweisen wollen, daß die Abgabe niedriger sein müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Die Kalkulationen sind aber nicht stichhaltig. Nirgends hört man von nennenswerten Korrekturen.

Auch der Anfängliche nicht heute sein Geschäft.

Dabei redet man von Scheinkonjunktur! Das ist Unsinn! Diese ist nur bei den Arbeitern, nicht bei den Industriellen vorhanden. Man spricht auch bei den Unternehmern von dem bescheidenen Gewinn. Man sagt, die großen Dividenden hätten nichts zu bedeuten, da ja nur in Papier bezahlt werde, vergißt dabei aber mitzuteilen, daß die Aktien auch nur mit wenig Papier erworben sind. Man verachtet und verachtet die Arbeiterschaft zu täuschen. Das wird auch verachtet durch die Behauptung, der Export sei zurückgegangen.

Das ist unzutreffend. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten hat sich in der letzten Zeit sogar noch erhöht. Etwas zurückgegangen ist nur die Ausfuhr von Roh- und Halbfabrikaten. Allerdings ist — gemessen an früheren Zeiten — der ganze Weltmarkt zurückgegangen. Das dürfte erklärlich erscheinen, weil der ganze Handel im großen Osten verloren gegangen ist.

Weider kommen wir immer tiefer in die ausländische Währung hinein und verschleudern damit unsere Mark. Das Rennen nach der fremden Währung bringt das Ausland dazu, die deutsche Mark immer niedriger zu bewerten. Wir können an einer

Stützungsfunktion unserer Währung

nicht vorübergehen. In dem Augenblick, wo der Dollar sich senkt, werden auch die Marktpreise zurückgehen. Sollten gewissenlose Kreise dadurch um ihre Spekulationsgewinne kommen, so werden wir ihnen keine Träne nachweinen. Wenn wir nicht alles einsehen für eine bessere Währung, kann unsere Wirtschaft nicht gesund sein.

In den Auf, durch Mehrarbeit die Produktion zu steigern, kann ich nicht einstimmen. Und es ist überhaupt fraglich, ob das durch eine längere Arbeitszeit zu erreichen wäre. Gegen eine solche Zumutung würde ich mich auch mit aller Entschiedenheit wehren. Mit dem Standpunkt von Raloff und Kohn haben wir nichts zu tun. Als Sozialdemokraten bekämpfen wir jede Maßnahme, die dahin geht, die Schultern der Schwachen noch stärker zu belasten, und wir sind davon überzeugt, daß die deutschen Gewerkschaften sich mit uns in diesem Kampfe einig fühlen werden.

An der anschließenden Diskussion kam es zwischen den Referenten

zu einer längeren Aussprache über die Frage, ob es ratsam sei, für die Arbeiterschaft höhere im Geldwährung zu fordern. Tarnow sprach sich dafür, Robert Schmidt dagegen aus.

Dann hielt Herr Dermittel, Direktor des ehemaligen Landesarbeitsamtes Brandenburg, einen sehr ausführlichen Vortrag über das Reichsarbeitsnachweisgesetz. Auch diesem Vortrag folgte eine Aussprache, an der sich die Genossen Klotz, Kaspar und Bollmerhaus beteiligten.

An unsere Postbezieher

Auf verschiedene Anfragen geben wir nochmals bekannt, daß der Differenzbetrag zwischen Post- und tatsächlichem Bezugspreis für die Monate November und Dezember d. J. für deutsche Postabonnenten, welche für das vierte Vierteljahr, resp. die Monate November und Dezember den Abonnementsbetrag zusammen voraus bezahlt haben, M. 650 beträgt. Monatsabonnenten, welche für den Monat November, resp. Dezember den Bezugspreis beim Postamt einzeln entrichtet haben, haben für November M. 150 und für Dezember ebenfalls M. 150 nachzuzahlen. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

Lohnbewegung der Berliner Musiker.

In einer gut besuchten Versammlung nahmen die Berliner Musiker Stellung zu den Vorgängen, welche sich bei den Verhandlungen mit den Gastwirten abgepielt haben. Der 1. Vorsitzende des Deutschen Musikerverbandes, Dr. Dr. Verwaltung Berlin, gab bekannt, daß sich die Arbeitgeber am Freitag wieder dem gesetzlichen Schlichtungsausschuß, noch dem zum Abend vereinbarten Schlichtungsgericht gestellt haben. Sie haben eine neue Verhandlung zwar zugelassen, jedoch erst am Sonnabend nachmittag. Die Versammlung erwidert hierin eine Verhöhnung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 23. Dezember 1923 in den Sophienhallen tagende Versammlung der Berliner Musikerschaft protestiert auf energischste gegen die Willkür der Unternehmer im Gastwirts-gewerbe. Sie legt vor allen Dingen gegen das zu wiederholten Malen und insbesondere gelegentlich der letzten Versammlungen über Schaffung eines neuen Manteltarifes sowie Festlegung der Dezemberlöhne gezeigte diktatorische Verhalten der Unternehmer schärfste Verwahrung ein.“

Die Versammlung Bevollmächtigt die Vertreter des Deutschen Musikerverbandes zu neuen Verhandlungen und ermächtigt sie, den über die Dezemberlöhne noch zu fallenden Schiedsspruch ohne Einschränkung abzulehnen, sofern dieser Schiedsspruch den dringenden Lebensbedürfnissen der Berliner Ensemble-Musiker nicht genügend Rechnung trägt.

Die Berliner Ensemble-Musikerschaft stellt sich geschlossen hinter die Verhandlungskommission des Deutschen Musikerverbandes und erklärt sich bereit, jeder Maßnahme zuzustimmen, welche derselbe zur Erreichung der berechtigten Forderungen der Musikerschaft für notwendig erachtet.

Die Versammlungsmitglieder verpflichten sich, dafür einzutreten, daß im Berufsinteresse sämtliche berufstätigen Kollegen zur Erreichung unserer Ziele dem Verbande zugeführt werden.“

Magistrat und Hilfskräfte.

Man schreibt uns: Die Reichsregierung hat im Hinblick auf das Weihnachtsfest die Dienststellen angewiesen, am 20. Dezember eine Kontozahlung auf die erhöhten Löhne zur Auszahlung zu bringen. Der Magistrat Berlin hat jedoch eine solche Kontozahlung für die Hilfskräfte unter Hinweis darauf abgelehnt, daß keine Mittel vorhanden sind. Mit dem Tarifvertragsamt ist die Abmachung getroffen, daß die Abschlagszahlungen an die städtischen Hilfskräfte in derselben Höhe erfolgen, wie im Reich und in den Staaten. Der Magistrat Berlin kommt also dieser Abmachung im vorliegenden Falle nicht nach. Die Kommunalbeamten dagegen haben bereits vor einigen Tagen die Nachzahlung der Gehaltserhöhung für Dezember und, soweit sie ein Konto bei der Sparkasse besitzen — ein solches hat die größte Zahl der Beamten —, das Gehalt für das erste Quartal 1923 erhalten.

Eine so unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Gruppen der kommunalen Arbeitnehmer wird für die Öffentlichkeit unverständlich bleiben.

Klappern gehört zum Handwerk.

Aus Buchbinderkreisen schreibt man uns: Die „Rote Fahne“ gab zu dem Ergebnis der Angestelltenwahlen der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands den Anschein, als ob das Resultat der Wahlen ein besonderer Sieg der KPD. bedeutet. Verwunderlich ist das weiter nicht. Die KPD-Zentrale diktiert auf Anweisung Moskauer Eindringlinge in die Gewerkschaften und verlangt Parteiarbeit auf verantwortungsvollen Posten in der großen gewerkschaftlichen Bewegung. — In dieser Parteipolitik und um diese Auftragsgeber nicht zu enttäuschen, täuscht man die Öffentlichkeit und schwindelt einen Sieg mit gewaltiger Stimmenzunahme der kommunistischen Liste vor. Tatsache ist, daß die Enttäuschung über den Ausgang der Wahlen nirgends größer als bei den Kommunisten des Buch-

binderverbandes ist. Diese zogen aus, um von den Bevollmächtigten bis zur letzten Hilfsarbeiterin ihre Leute durchzubrüden und erhielten mit Hängen und Bürgen einen Bevollmächtigten, dessen Posten durch die Nichtbewährung des bisher tätigen Kollegen Rothe frei geworden war. Die jetzt offiziell herausgegebenen Zahlen der Wahlen beweisen, daß die große Mehrheit des Buchbinderverbandes es ablehnt, den kommunistischen Führern und Parolen nachzulaufen. Die „Rote Fahne“ kann es nicht verschmerzen, daß der Bevollmächtigte, Peter Kaspar, aus seinen Erfahrungen in der KPD, so beim Osterputz und dem Gewerkschaftshausaustritt im vorigen Jahre, sich gegen diese Partei wendet und sie als schädlich und verantwortungslos brandmarken mußte.

Die KPD hat keinen Verlust zu verzeichnen. Der frühere Bevollmächtigte Rothe gehört der KPD nicht an. Gustav Bant, der weitere Kandidat der KPD, blieb nur mit 242 Stimmen hinter Gaebel zurück. Otto Gaebel wird sich nun zu entscheiden haben zwischen verantwortungsvoller notwendiger Arbeit der Gewerkschaft, der Durchführung politischer Forderungen im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation, der Möglichkeit ihrer Durchführung auf der einen Seite und den kommunistischen Parolen und verantwortungslosen Aktionen auf der anderen Seite. Als die „Vorwärts“-Entscheidungen im Dezember vorigen Jahres über den Osterputz in Mitteldeutschland und die Rolle der kommunistischen Partei und ihrer Leitung im besonderen Klarlegte, entstand bekanntlich die Protestbewegung der 123 Parteifunktionäre. Unter diesen war auch Otto Gaebel und unter den wenigen, die unfliehen und zu Kreuze trocken, war wieder Gaebel.

Zum Angestelltenstreik bei Carotti wird berichtet, daß der Verband der Wälder und Konditoren, der mit der Firma Carotti im Tarifvertragsverhältnis steht, eine Vermittlungskommission eingeleitet hat, die heute vor sich geht. Alle bisherigen Verhandlungen, auch die vor dem Demobilisationskommissar, scheiterten an der Faltung des Arbeitgeberverbandes.

Die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe hat eine bedrückende Höhe erreicht. Von den am 30. November erfaßten 127 123 Arbeitern und Arbeiterinnen waren 20 519 (16,78 Proz.) vollkommen arbeitslos. Nur 42 422 Arbeiter und Arbeiterinnen, also 32,93 Proz., arbeiteten noch 48 Stunden in der Woche, wovon die meisten für den Export. Die übrigen 64 182, also 51,37 Proz., arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, wovon die meisten nur bis zu 24 Stunden in der Woche. Außerdem wird vom Deutschen Betriebsverband gemeldet, daß etwa 1000 Jigorenverleiher am 1. Januar gelündigt worden ist. Diese beispiellose Arbeitslosigkeit wird sowohl von den Arbeitern wie von den Unternehmern zurückgeführt auf den Rückgang des Zigarettenumsatzes, der wieder eine Folge des Rückganges der Mark, des Eingangs- und Goldaufgeldes und der ständig steigenden Vandalensteuer ist.

Deutscher Beteiligungsarbeiter-Verband. Heute abend 7 Uhr in der Aula, Riederwallstr. 12, Versammlung aller Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder der versetzten Partei sind. Stellungnahme zur Delegiertenwahl, Verschiebung. Wir erlauben alle Genossinnen und Genossen, eifrig für diese Versammlung zu werden. Der Postionsverband. Sitzung, Metallarbeiter der Umherwanderer Richtung! Heute abend 6½ Uhr Versammlung sämtlicher Funktionäre des DAB der Umherwanderer Richtung in der Müller-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. Die Vorgänge in Lohnkassen und die Stellungnahme der Gewerkschaften. — Da von der KPD, verläßt wird, die Vorgänge in Lohnkassen vollständig erstellt wiedergegeben, in bes. unbedingte Erscheinen aller Kollegen der Umherwanderer Richtung Pflicht. Partei- und Gewerkschaftsbesitz legitimiert.

Verantwortlich für den rebelt. Emil: Victor Schill, Berlin; für Angewandte: G. G. G. Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Rotenburger-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin. Verändert. 3 Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Fremdwelt“.

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Korpulenz - Fettleibigkeit sind

Dr. Hoffbauer's ges. gesch. **Entfettungs-Tabl.**

ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schüddrüse. Kein Abführmittel. Analfahrt. Broschüre gratis

Elefanten-Apotheke Berlin SW, Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz)

Zu Silvester

Scharlachberg Meisterbrand

edelster deutscher Weinbrand



Er raucht Batschari, er ist Qualitätätraucher!



HERMANN Tietz

Glaswaren

Sektkelche glatt.....	450.—	Groggläser egyptisch.....	95.—
Bowlengläser glatt....	325.—	Groggläser geschliffen.....	475.—
Weinrömer glatt.....	355.—	Bowlen glatt.....	8250.—
Sportkörgläser.....	475.—	Bowlenkannen gepreßt.....	750.—
Likörgläser „Cari“.....	50.—	Teelocher „Flora“.....	225.—

Glas-Becher sortierte Formen und Größen.....Stück **100.—**

Silvester-Scherzartikel

in grosser Auswahl!

Kopfbedeckungen für Damen und Herren

Knallbambons, Raduartikel

Anstecker, Luftschlangen

Konfetti, Giessblei

Masken usw.

NEUJAHR-KARTEN

Weine und Spirituosen

Preise ohne Flasche

1920er Winzenheimer Berg Rosenheck..	1/2 Flasche	400.—	
1921er Ecesheimer Oberfeld.....	1/2 Flasche	450.—	
1920er Wachenkönigswing-Riesl, Naturgewächs, Heinrich Kay	1/2 Fl.	750.—	
1921er Dürkheimer Feuerberg voller Natur-Eiswein	1/2 Fl.	600.—	
1919er Burg-Nuits	1/2 1125.—	1921er Medoc-Bord.	1/2 1250.—
Weinbrand-Verschnitt **	1/2 Flasche	950.—	
Deutscher Weinbrand ***	1/2 Flasche	1200.—	
Jamaika-Rum-Verschnitt	1/2 Flasch.	1200.—	
1/2 Flasch	2250.—	1/2 Flasch	2250.—

Düsseldorfer Punschextrakte 1/2 Flasche **1400.—** 1/2 Flasche **2700.—**

Div. Original-Liköre und Spirituosen

Reckforth, Gilha, Kahibaum, Jacobi, Pontiller-Waldenburg zu den billigsten Tagespreisen

Deutsche Schaumweine

bekannteste Marken, zu den billigsten Tagespreisen

W. Barzant, Kantorowicz

Vom Produzenten zum Konsumenten.

Die Entdeckungsfahrt eines Gemüsezüchters.

Ein Kleinrentier aus der Umgebung Berlins, der Gemüse in seinem Hinterhof züchtet und es an Händler für den Berliner Markt verkauft...

Markt-Gewinne!

So, man schaudert, wenn man sich in das Getriebe eines Marktes in Berlin wagt...

Wer steckt den Gewinn ein?

Der Händler, der die Ware vom Produzenten abholt und sie dem Großhändler in der Stadt zuführt...

Friedrich Weinkampen tot.

Am Donnerstag vergangener Woche verstarb nach langem Leiden der Genosse Stadtrat Friedrich Weinkampen in Brandenburg a. d. S.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

Am Tage erst fand er sich aus dem Bewußtlosen zu sich selbst. Er lag jenseits des Flusses im braunen Lehm...

Wann habe ich diesen Brandgeruch gespürt? dachte Anselmus; wann hörte ich die Tiere brüllen?

Mit den Wellen trieben seine Gedanken vorbei, nicht zu erfassen, nicht zu halten. Der Fluß kam und brachte Frucht...

In der Stadt ist ein großes Sterben, sagte jemand zu Anselmus. Er hörte zu, als spräche ein Fremder mit ihm.

gestanden. Die Bezirksorganisation der Provinz Brandenburg verliert in ihm eine kaum ersetzbare unermüdbare Arbeiterkraft.

Zur Wahl des Stadtverordnetenvorstehers.

Der von der sozialdemokratischen Rathausfraktion als Stadtverordnetenvorsteher in Vorschlag gebrachte Genosse Wilhelm Dittmann hat soeben an den Vorstand der Fraktion den folgenden Brief gerichtet:

Nach der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung im Herbst des Vorjahres habe ich im Plenum der Versammlung den Standpunkt vertreten, daß die stärkste Fraktion den Vorsteher zu stellen habe...

Um die dadurch möglichen Komplikationen zu vermeiden, sollte unsere Fraktion deshalb die Wiedereinsetzung der Sache in den vorigen Stand herbeiführen, indem sie unter Aufhebung ihres Beschlusses vom 19. d. M. erneut — auch in personeller Hinsicht — in voller Freiheit zur Vorsteherwahl Stellung nimmt...

Da der Vorsteher bei seiner Amtsführung des möglichst allseitigen Vertrauens in seine Eignung, insbesondere in seine Objektivität bedarf...

Durch diesen Brief ist die Stadtverordnetenfraktion in die Lage versetzt, die Kandidatenfrage aufs neue zu prüfen und sich schlüssig zu werden...

Die standhafte Blumenhändlerin.

Ein Urteil, das nicht vollstreckt werden kann.

Ein beinahe spaßhaft zu nennendes juristisches Kuriosum hat sich anlässlich eines Prozesses abgespielt, den der Eisenbahnfiskus gegen die Inhaberin der Blumenhalle vor dem Potsdamer Bahnhof, eine Frau Michaelis, geführt hat.

Bekanntlich befand sich vor dem Potsdamer Bahnhof ein Leberest mit-berlins in Gestalt eines kleinen Friedhofs mit alten, längst verfallenen Gebäuden.

Ein beinahe spaßhaft zu nennendes juristisches Kuriosum hat sich anlässlich eines Prozesses abgespielt, den der Eisenbahnfiskus gegen die Inhaberin der Blumenhalle vor dem Potsdamer Bahnhof, eine Frau Michaelis, geführt hat.

Bekanntlich befand sich vor dem Potsdamer Bahnhof ein Leberest mit-berlins in Gestalt eines kleinen Friedhofs mit alten, längst verfallenen Gebäuden.

Ein beinahe spaßhaft zu nennendes juristisches Kuriosum hat sich anlässlich eines Prozesses abgespielt, den der Eisenbahnfiskus gegen die Inhaberin der Blumenhalle vor dem Potsdamer Bahnhof, eine Frau Michaelis, geführt hat.

Bekanntlich befand sich vor dem Potsdamer Bahnhof ein Leberest mit-berlins in Gestalt eines kleinen Friedhofs mit alten, längst verfallenen Gebäuden.

Warum? fragte jemand. Ich weiß es nicht mehr, antwortete er und besann sich mühsam.

Wann? wurde er gefragt. Ich weiß es nicht.

Jemand sagte zu ihm: du bist ihr Führer. Er blieb stumm am Ufer sitzen.

Er blieb stumm am Ufer sitzen. Gedankenlos legte er fühlenden Behm auf die Brandwunden seiner Arme, obwohl er keinen Schmerz spürte, und horchte.

Bist du bereit? wurde er später gefragt. Ja, erwiderte er.

Kommst du nun? Ich komme, sagte er laut, und erhob sich.

Am Fluß entlang wuchs eine Au mit morastigem Grund und schweigenden Bäumen, die Schlängelpflanzen seltsam verstrickt.

Anselmus kämpfte sich durch zähen Grund, hieb Ranken durch, riß Dornesträucher beiseite, immer stufaufwärts, seiner Stadt entgegen.

Nach Stunden entließ ihn die Au, da fand er einen Weg und erkannte den lockeren Staub wieder.

Eine furchtbare Explosion hatte ihn einmal über das ganze Land gestreut. Lange Laumelschritte durch den Staub ziehend erreichte er das freie Feld und hörte, rasend, das Surren, das hohe Apparate darüber hinwärts.

Die Apparate spielten, losen Kräfte aus der Luft, aber die Feder waren nicht bestellt.

Am Fluß entlang wuchs eine Au mit morastigem Grund und schweigenden Bäumen, die Schlängelpflanzen seltsam verstrickt.

Vor kurzem erschienen nun dort einige Arbeiter, welche im Auftrage des Eisenbahnfiskus einen Zaun um die Blumenhalle bauen wollten...

Klante und seine drei Automobile.

In der gestrigen Verhandlung des Klante-Prozesses, zu der Klante sich etwas erholt zu haben scheint, denn er wurde nicht mehr in einer Bohre in den Sitzungssaal gebracht...

Einschränkung der öffentlichen Tanzlustbarkeiten.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Entsprechend den Richtlinien des Ministeriums des Innern über die allgemeine Einschränkung der öffentlichen Tanzlustbarkeiten...

Das Schulgeld in Preußen.

Vorbekanntlich der gefestigten Regelung der Schulgeldfrage hat der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung...

Schlangen richteten sich auf und legten sich wieder träge zur Verdauung. Die Apparate surrten unermüdblich über das leere Land.

Weiter ging Anselmus, nichts wissend, nichts denkend, nichts erkennend. An den Zäunen wachten hohe Pflanzen...

Anselmus dachte nach und lachte laut. Brennstein, sagte er. Eine große Müdigkeit fiel ihn inmitten des Fiebers an...

Als er erwachte, begann schon die erste Dämmerung. Durch das erstorbene Dorf klang ein klägliches Weinen her, hoch und schneidend.

Ich habe euch lieb, murmelte er über jedem Bett, und sein Herz zitterte vor Leid; ich habe dich lieb und dich und dich.

Über sie konnten nicht sprechen. Eine Thür öffnete sich und ein Geschöpf wälzte sich unförmig herein und lachte ihm zu ihm gedunsenen Boden.

(Fortsetzung folgt.)

Festes Abschluss.

Das diesjährige Weihnachtsfest stand noch mehr als die der anderen Jahre im Zeichen der sinkenden Konjunktur. Bei der ständig wachsenden Teuerung war der großen Masse des Volkes das Verhältnis zwischen Einkommen und Preisen besonders fühlbar. Wie viele verzichteten auf den Weihnachtsbaum. Ihre Geldtasche war nicht so gefüllt, daß sie ihn sich leisten konnten. Viele von denen, die sich dazu aufschwangen, die teuren Preise anzulegen, begnügten sich mit dem allerbestehelichsten Aufputz, der zum Teil noch aus vergangenen Jahren stammte. Wie gering der Umsatz an Weihnachtsbäumen in diesem Jahre war, das geht am besten daraus hervor, daß diejenigen, die mit dem Ankauf von Bäumen bis einige Stunden vor dem Fest gewartet hatten, Bäume für ein Drittel des Preises erhielten, der noch am Sonnabend für sie verlangt worden war.

Auch in anderen Waren waren die Umsätze geringer als in den Vorjahren. Am besten gingen noch die Lebensmittelgeschäfte. Auch in diesen Waren hatten sich die meisten mit dem, was nicht dem Verderben ausgesetzt ist, in der Erwartung starker Preissteigerungen schon Monate vorher versorgt. Viele mußten ihre Ansprüche herabschrauben, teils in Qualität, teils in der Menge. Wer sich im vorigen Jahre noch eine Gans leisten konnte, begnügte sich mit einem Stück als Belegen hergerichteten Fleisches. Die Lebensmittelhändler hatten mit einem derartigen Winderabgang gerechnet und infolgedessen nicht so viel angekauft, wie in anderen Jahren. — Viel gekauft wurden in diesem Jahre alle Spirituosen, obwohl gerade sie doch alles andere als billig sind.

Die Versorgung mit Tabakwaren zum Weihnachtsfeste erfolgte ziemlich früh, so daß das Weihnachtsgeschäft sich auf einige Nachzügler beschränkte. Sehr beliebt als Weihnachtsgeschenke waren praktische Kleidungsstücke. Sie wurden zum Teil erst im letzten Momente gekauft, unter Zuhilfenahme von hier und da gewährten Weihnachtsgratifikationen. Möbel, Nippesachen und Geschenkartikel, die nicht unbedingt erforderlich sind fürs Leben, konnten nur von wenigen mit Glücksgütern besonders gut Begünstigten angekauft werden.

Alles in allem ein Weihnachten der Reichen.

Zu dem Frauenmord im Grunewald

Wird mitgeteilt, daß gestern bei der Abklärung des Tat- und Raubortes keine weiteren Sachen mehr gefunden worden sind. Die Kraysunden, die sich bei dem verhafteten Radow zeigen, sind keine Verletzungen von einem Dornestrapp, wie er Anfangs behauptete, sondern richtige Kraysunden, die sich Radow im Kampfe mit seinem Opfer zugezogen hat. Daß ein solcher Kampf stattgefunden hat, zeigen verschiedene Blutspuren an mehreren Stellen des Tatortes. Radow wird weiter belastet durch die blutbefleckten Handschuhe, die nicht seiner Frau, sondern ihm selbst gehören. Hätte Frau Radow sie, als sie ermordet wurde, getragen, so hätte der Handschuh der linken Hand die gleiche Schnittverletzung haben müssen, die sich an der Hand der Ermordeten zeigt. Radow selbst hat die Handschuhe bei der Ausführung des Verbrechens getragen und sie weggeworfen, nachdem sie mit Blut besudelt worden waren.

Städtische Forsten als Helfer der Straßenbahn.

Der Magistrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, aus verstärktem Holzschlag der städtischen Forsten eine Milliarde Mark als einmalige, die Wirtschaftlichkeit hebende Ausgabe der Straßenbahn zur Verfügung zu stellen, nachdem die Straßenbahn in eine städtische Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt ist. Die Sitzung ist von der Deputation weiter zu beraten.

Von einem Schuhbeamten erschossen wurde der 16 Jahre alte Fürsorgezögling Paul Mannagatin, der aus der Anstalt entwichen und bei seiner Mutter in der Petersburger Straße Unterschlupf gefunden hatte. Beamte des 81. Reviers wollten ihn dort festnehmen. Der Verfolgte stieg aber auf das Dach und lief über mehrere andere Dächer, um sich der Festnahme zu entziehen. Dabei wurde er von Passanten beobachtet, die einen anderen Schuhbeamten aufmerksam machten, weil sie glaubten, einen Verbrecher vor sich zu haben. Der Beamte stellte den Flüchtenden auch auf dem Grundstück Thierstraße 41, wo er sich in einem Versteck verhalten hatte. In der Dunkelheit forderte er ihn mehrmals auf, aus seinem Versteck zu kommen. Als er dann sah, daß dieser die Tür öffnete und die Hand mit einem Gegenstand herausstreckte, gab er einen Schuß ab, der den Jungen in die Brust so schwer traf, daß er bald darauf verstarb. — Der Fall bedarf der näheren Aufklärung, die er gegeben muß, ob der Gebrauch der Schusswaffe hier zu rechtfertigen war.

Jugendliche Räuber. Ein Raubüberfall, der am 20. Oktober d. J. in der Prenslauer Allee verübt wurde, ist jetzt von der Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Ein Junge erhielt damals von seiner Mutter 8000 M., um eine Rechnung zu begleichen. Als er auf der Straße das Geld noch einmal nachzählte, beobachteten ihn zwei Jungen. Diese lockten ihn auf den Platz des Hauses Nr. 214, sprangen ihm an die Kehle, entrißen ihm die 8000 M. und entflohen mit der Beute. Beamte des Raubbezirks er-

Arbeiter-Sport

Das neue Jahr und der Volksport.

Die Kosten der Turnhallen betragen pro Abend 400 bis 1000 M., die der Schwimmhallen 3000 M., für Sportplätze wird im kommenden Sommer auch eine Miete gezahlt werden müssen, wenn sich nicht kapitalträchtige Wohlthäter finden! Turnen und Sport wird zum Luxus, und darunter leidet die Arbeiterschaft am meisten. Abhilfe kann vor allem dadurch geschaffen werden, daß sich die vielen kleinen Vereine an größere Organisationen anschließen und dadurch zu einer Minderung der Kosten beitragen. Einen weiteren Weg hat das Berliner Arbeiter-Sportkartell durch den Vorschlag gewiesen, daß die Unternehmer für jeden beschäftigten Jugendlichen einen laufenden Beitrag an die Stadt abliefern sollen, jedoch wird ohne gesetzliche Handhabe dieser Vorschlag nicht durchzuführen sein. Die Unternehmer gründen lieber Betriebs-Sportvereine und geben für diese unproduktiven Gebilde große Summen aus; im selben Sinne handelt die Eisenbahnverwaltung! Und die Lehrerschaft? Sie hat bereits weit über 100 Schulsportvereine gegründet, die unentgeltlich mit einem Dutzend jugendlicher Turnhallen, benutzen, ohne daß von einem rationellen Turnbetrieb die Rede sein kann. Diese Vereinsmeierei schädigt nicht nur die Stadt, sondern auch den Arbeitersport. An alle Arbeiterkassen und die Jugendlichen ergeht daher der dringende Ruf: Hinein in die Arbeiter-Sportvereine! Helft mit an der Erhaltung der Körperkultur!

Das neue Jahr bringt eine Reihe von Skifursen — wenn Petrus für den nötigen Schnee sorgt. Die Berliner wollen nach dem Harz und dem Brocken einen Besuch abstatten. Ferner findet ein Anfängerkursus in Geising-Altenberg im Erzgebirge am 31. Dezember und 1. Januar, ein Kursus für Fortgeschrittene vom 20.—23. Januar in Johanngeorgenstadt statt. Ein weiterer Kursus wird auf dem „Stutenhaus“ (den Naturfreunden Thüringens gehörig) im Thüringer Wald vom 6.—10. Januar abgehalten. Alle Kurse bestehen aus theoretischen Einleitungen und praktischen Übungen im Laufen, Hindernislaufen, in Schwingen und Sprüngen.

Die „Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege“ siedelt von Leipzig nach Berlin W., Kurfürstenstraße 48 IV, über, in welchem Hause auch der „Reichsausschuß für Selbstübungen“, die Zentrale der bürgerlichen Verbände, ihren Sitz hat. Die Bureaus sind von der Reichsregierung eingerichtet, eine enge Verbindung mit den beiden Zentralen zu haben. Die „Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung“ soll von Berlin aus im neuen Gewande herausgegeben werden. — Am 3. Juni findet der Reichs-Arbeiter-Sporttag in ganz Deutschland statt.

In Dresden soll mit 32 Millionen Mark ein Stadion erbaut werden. 30 Millionen wurden dazu von einem Kpotheker gespendet. Das Stadion soll eine Laufbahn von 410 Meter Länge und 7 1/2 Meter Breite und 30 000 Zuschauerplätze erhalten. Die Leitung des Baues hat Stadtbaurat Wolf, der bereits das Stadion in Hannover erbaut hat. Die Einweihung soll 1923 anlässlich der Ausstellung „Spiel und Sport“ stattfinden.

Die Vorbereitungen für die internationalen „Olympischen Spiele 1925“ in Frankfurt a. M. sind im vollen Gange. Das Internationale Bureau hat einen Entwurf der Satzungen zur Diskussion gestellt. Als Einleitung veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportbund in diesem Jahre einen Wettkampf um die Bundesmeisterschaft an den Geräten, der dann alljährlich abgehalten werden soll.

mittelten jetzt diese Räuber in den jungen Vurschen Walter Degner und August Bilogiti, der im August bereits einem diebigen Geschäfte 51 000 M. unterzulegen hatte.

Die Jugend und die Ankaufstellen für Altmetall. Die Fürsorgerinnen des Bezirks Treptow haben beobachtet können, daß gerade unsere Jugend händiger Kunde in den Ankaufstellen für Altmetall ist. Oftmals forschen die Inhaber dieser Geschäfte nicht nach der Herkunft des Altmetalles. Dessenfalls Gebäude scheinen gerade von diesen Dieben für ihr Handwerk auszufragen zu sein. Das Bezirksjugendamt Treptow hat deswegen das Polizeiamt Treptow dringend gebeten, gegen solche Händler vorzugehen und sie den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung über den Trödelhandel zu unterstellen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. Kreis. Konsumgenossenschaftsmittglieder: Für die 12., 13., 41., 43., 54., 55., 56., 134. und 140. Verkaufsstelle findet heute, Donnerstag, den 28. d. M., 7 1/2 Uhr, in der Hohenzollern-Schule, Belziger Str. 45—48, eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Beratung und Konsumgenossenschaft. 2. Änderung der Statuten.
2. Kreis Wedding. Freitag, den 29. d. M., 6 Uhr, engere Vorstandssitzung im Lehmannshaus, 5 Treppen, Zimmer 15.
6. Kreis Kreuzberg. Bildungsausschuß: Freitag, den 29. Dezember, 7 Uhr, juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3. Die letzten „Hör-Bits“-Dutzungen mitbringen.

Heute, Donnerstag, den 28. Dezember:

7. Abt. Abrechnung der Bezirksführer bis zum 31. Dezember beim Kassierer Lehmann, Bergr. 22. Einigungsmatten und Sammelstellen mitbringen.

Der Arbeitersport wird im neuen Jahre in erhöhtem Maße die Mithilfe der Arbeiterschaft brauchen. Vor allem ergeht aber an die Jugend der Ruf: Kommt und helft mit!

Schafft Radfahrerwege!

Vor kurzem fand im Berliner Sportpalast eine Konferenz statt, zu der außer den Vertretern der Fahrradindustrie und den Händlervereinigungen, den bürgerlichen Sportverbänden, auch der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ seine Vertreter entsandte. Gegenüber dem Referenten, Herrn Ing. Trunz, der die Neugründung eines „Bereins für Radfahrerwege“ befürwortete, bekundeten die Vertreter des Bundes „Solidarität“ in der Diskussion ihren ablehnenden Standpunkt zu einer solchen Neugründung! Die gewaltige Entwicklung des R.F.B. „Solidarität“ beweise, daß das Fahrrad immer mehr das Verkehrsmittel der werktätigen Bevölkerung wird. Es könne keine Rede davon sein, daß die Arbeiterradfahrer, die als Lohn- und Gehaltsempfänger steuerlich bis an die Grenze des Ertragslichen erfasst sind, auch noch zu Extra Steuern für die Schaffung von Radfahrwegen herangezogen werden könnten. Auch die Mittel, die von der Industrie aufgebracht würden, bezahle letzten Endes doch wieder der Verbraucher. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die Schaffung von Radfahrwegen im allgemeinen Interesse des Verkehrs liege und bei angemessenen gutem Willen ohne besondere Kosten durchgeführt werden könne. Wir fordern die gleichen Rechte für das Fahrrad, wie sie andere Verkehrsmittel für sich in Anspruch nehmen. Hinweg mit den Reitwegen, die gesundheitschädlich, plograubend sind und nur spärlich benutzt werden. Ein geschlossenes Vorgehen aller interessierten Kreise und der Presse müsse die maßgebenden Stellen darauf hinweisen, daß wir aus dem Zeitalter der Postkutsche heraus sind und daß beim Weggau der Neuzeit Rechnung zu tragen ist. Fußgänger und der gesamte Wagenverkehr gewinnen, wenn dem Radfahrer bestimmte Wege freigehalten werden. — Eine vom R.F.B. „Solidarität“ eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Vereinsgründung wurde zurückgestellt und eine Kommission gebildet, die die weiteren Arbeiten in die Hand nehmen soll.

Für den Bau der Bundeschule in Leipzig hat der Arbeiter-Turn- und Sportbund das neben dem Bundeshaus gelegene Grundstück für rund 1 Million Mark erworben. Als Grundstück zu den Baukosten stehen 2 Millionen Mark Ueberfluß vom Bundesfest zur Verfügung. Weitere Gelder sollen durch Sammlungen aufgebracht werden. Vom Reichsgesundheitsministerium sind der Bundeschule 50 Betten und Decken preiswert zur Verfügung gestellt worden.

- Arbeiterwintersport, Interessengemeinschaft. Die Neujahrsschicht nach Berni-gerode findet eingetragenen Zuwerters wegen nicht statt.
- Berliner Schwimm-Union 1913. Die Generalversammlung ist am Donnerstag, den 11. Januar, abends 7 Uhr, im Vereinslokal von Lerno, SO. 16, Michaelsstr. 28. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder über 17 Jahre ist unbedingt Pflicht. Anträge sind bis zum 31. Dezember an die Geschäftsstelle des Vereins, Ulrich-Wend. O. 24, Alsbauer Str. 16, zu senden. Die Vorstandssitzung ist am Donnerstag, den 4. Januar 1923, abends 7 1/2 Uhr, im selben Lokal.
- Reichs-Sport-Club, e. V., Geschäftsstelle: E. Geinatz, Amsteln, Weidstr. 9, Schöneberg. Die Generalversammlung am 5. Januar (nicht am 4., wie bisher bekanntgegeben), abends 7 1/2 Uhr, bei Vinsener, Wühlstr. 38. Aufschriften für die Postkarte-Verteilung an W. Vries, Baumkühlenweg, Baumkühlstr. 68, Vorstadt-Süd am 2. Januar bei Vinsener.
- Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Bezirk Wedding: Weihnachtsfeier am 29. Dezember im großen Saale der Germania-Halle, Kaufstr. 12. Großes Programm. Anfang 7 Uhr. — Weihnachtsfeier Bezirk S. O. 19: Weihnachtsfeier am 30. Dezember in der Radfahrer-Kasse, Radfahrer-Damm. Gäste willkommen.

44. Abt. 5-8 Uhr abends Abrechnung bei Schmollnack, Rauenstr. 41. Alle Karten und Schecks mitbringen.

135. Abt. Rauen. 7 1/2 Uhr Schlußbericht bei Schmidt, Poststr. 10. Jungesportler. Gruppe Kempel-Hausenbergl: 7 1/2 Uhr im Lokal Hansen, Tempelhofer, Bergr. 10, Ecke Neus Straße, Arbeitsgemeinschaft.

Morgen, Freitag, den 29. Dezember:

13. Abt. 7 1/2 Uhr Koblöbde in folgenden Lokalen: Bezirk 704, 705, 714 und 715 bei Baulch, Prebrow. Ecke Bielefeldstr.; Bezirk 708 und 709 bei Viehö, Birkenstr. 44; Bezirk 716, 717 und 718 bei Leichter, Lüderer Str. 6; Bezirk 719 und 720 bei Schmidt, Stromstr. 41; Bezirk 721—726 bei Strüger, Poststr. 10.
14. Abt. 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Dietrich, Salmendorfer Str. 36. Sämtliche Funktionäre oder deren Vertreter müssen erscheinen.
21. Abt. 7 Uhr bei Kroll, Ullricher Str. 21. Abrechnung der Bezirksführer mit dem Kassierer.
24. Abt. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Vorstandsmittglieder bei John, Weidstr. 15.
30. Abt. 7 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Rohloff, Garmen-Saloo-Str. 12. Abrechnungsmaterial mitbringen. Die Betriebsleiter-Unterricht und Bezirksführer müssen unbedingt erscheinen.
40. Abt. Die Bezirksführer müssen bis zum 29. d. M. überreichen.
41. Abt. Schöneberg. Funktionär 6 Uhr in der Henschel-Haus, Menzel, Ecke Thiergartenstr. Weihnachtsfeier mit geistlichem Beisammeln. Die Kinder der Parteigenossen sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.
94. Abt. Berlin. 7 Uhr im Jugendheim, Rognitzstr. 13. Sitzung sämtlicher Bezirks- und Gewerkschaftsfunktionäre.
108. Abt. Köpenick. 7 Uhr bei Schleg, Rieker Str. 6. Sitzung des Gesamtvorstandes.

Wetter bis Freitag mittag. Zeitweise heiter, in den Tagstunden ziemlich milde, aber veränderlich, im westlichen Küstengebiet meist verbreitete, sonst nur vereinzelt, größtenteils geringe Niederschläge bei mäßigen, südwestlichen Winden. In der Nacht zu Freitag vielfach Frost.

Argument

Klasse

Suggestion

Auserlesene Tabake des Orients
sorgfältige Mischung
hochwertige Arbeit

Allein diese Vorzüge begründen den hervorragenden Ruf der

Manoli Zigaretten

Silvester-Scherzo.
 Scherzarten mit Schlangen u. Sterntraum, Karton mit 12 Stück 100 St. Klitzches Klotzpapier 10 St. Parfümiers Klotzpapier mit Beren 10 St. Anhängescheit, 12 verchiedene, uttze, alle 12 nur 10 St. Zappolde Figur, auf Agarten, oder 12 verchiedene, durch Handen berechnen, 25 St. Auechänger Schieber 10 St. Zunderbider, 5 im Kunst 10 St. Niesen-Zunderbider 10 St. Absenour im Lunapark 10 St. Verlobungsartikel 10 St. Liebesula

27 St. Monte-Carlo Spiel 5 nur 10 St. keine viele andere Reueellen, Reversiert, Remalfeiter, Gliechler, Konfekt, Saportwurthdungen, Re anarritel, Smalbonbon, Elden, Röhre, alle Artikel der Branche am billigsten in der Scherzartikel-Fabrik A. Mann & Co., Berlin, Markgrafenstraße 56, an der Lindenstr. Uert. 1900. Von 9-7 Uhr.

Max Busse
 Gegründet 1878.

Neu eröffnet **Ankaufsabteilung** Neu eröffnet

Gold-, Silber-, Platin- Brillanten

gegenüber dem altbekannten Haupt-Geschäft
Brunnenstraße 18
 an der Invalidenstraße.

Es ist endlich möglich, die Photographie steifen zu wenig klar, ...

„Gallo, mein Junge“, ein amerikanischer Film, der Viola Dana als ...

Wichtigkeiten. Der zweite Akt hat, wie konnte es auch anders sein, zum ...

Leciferrin flüssig und in Tabletten Nervenstärkend-blutbildend

Bei Blutarmut, Bleichsucht, darniederliegender Ernährung, bei körperlicher u. geistiger Niedergeschlagenheit, vorordnen die Aerzte Leciferrin, das vertrauenswürdigste Nähr- und Blutaufrichtungsmittel für Erwachsene und Kinder.

Für Sylvester: Ball- und Gesellschaftsschuhe. Laekschuhe, Atlasschuhe-schwarz u. farbig, Gold- und Silberbrokatschuhe einfarbig und dezent gemustert, Goldkäfer-Chevreauschuhe, feine Wildlederschuhe in verschiedenen Farbtönen, auch mit moderner Stahlstieckerei. Zu jedem Kleid der passende Schuh! Zu jedem Schuh der passende Strumpf! Überstiefel für Abendschuhe sind unbedingt notwendig zum Schutz gegen Erkältung nach den Festlichkeiten. Große Auswahl eleg. Schuhsehnallen. Peiser

WENESTI RUND ORIENT WENESTI RUND PRÜFEN SIE QUALITÄT u. PREISE UNSERER MARKEN WENESTI LUXUS ZIGARETTENFABRIK A.G. BERLIN WENESTI RUND KARTELLFREI! WENESTI RUND

Wo erzielt man die höchsten Börsenpreise für Gold-, Silber-, Platin-Broh? Barren, Uhren, Ketten, Ringe, Löffel, Bestecke, Brennstifte, Zahngebisse, einzelne Zähne. Brillanten. Diese Frage beantwortet nur die Firma Gebrüder Engelberg G. m. b. H. im Bureauhaus - Börse - Burgstr. 29, Laden. Filiale: Friedrichstr. 250, am Belle-Alliance-Platz. Besonders hohe Preise für Platin und Zahngebisse! Bester Absatz für Händler! Tel. Nord. 8162, 9021, 9029

Verkäufe. Krawattstoffe, Wollstoffe, ... Verkauf von ...

Reichhaus Spiegel, ... Verkauf von ...

Verkauf von ... Möbel, Musikinstrumente, Kaufgesuche

Silberwaren, ... Verkauf von ...

Werkzeuge u. Maschinen, ... Verkauf von ...

Vermietungen, Arbeitsmarkt, Stellenangebote, Botenfrauen und Männer